

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Das Osthilfe-Panama

Deutschnationale gegen Schleicher

10 Jahre Zuchthaus für Arbeiter

Der Kurs der Volksbühne

Henri Barbusse:

Aufgaben der Literatur

Auch ein „Reichs-Betriebsräte-Kongress“

Neue Offensive für die Einheitsfront!

Die Sonntags-Demonstrationen der Berliner Nationalsozialisten mitten im Proletarierviertel, auf dem Bülowplatz, mit der Parole „Front dem Karl-Liebknecht-Haus!“ hat blitzlichtartig die innenpolitische Situation in Deutschland beleuchtet und alle die widerlegt, die die Gefahren, die mit dem nationalsozialistischen Terror verbunden sind, bereits überwunden wähnten. Der Verlauf dieser Veranstaltung hat aber zugleich erneut gezeigt, daß die staatlichen Organe mit absoluter Einseitigkeit auf der Seite der Nationalsozialisten stehen, deren getreue Büttel und Helfershelfer sind.

Diese Vorgänge haben den Ruf nach der proletarischen Einheitsfront, zumindest nach der einheitlichen Abwehrfront aller proletarischen Organisationen, erneut gewaltig anschwellen lassen. Die Massen der kommunistischen, der sozialdemokratischen und auch der politisch unorganisierten Arbeiter empfinden so dringend wie nur je die Notwendigkeit, endlich die ganze Kraft der gesamten Arbeiterklasse dem Faschismus und seinen Helfershelfern entgegenzuwerfen. Wie verhalten sich die Führungen der beiden großen Arbeiterparteien zu diesem Verlangen der proletarischen Massen?

Die Führung der Berliner Sozialdemokratie hat noch am Tage vor dem provozierenden Naziaufmarsch einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie nicht nur ihre Anhänger vor der Beteiligung an eventuellen kommunistischen Gegendemonstrationen warnte, sondern darüber hinaus auch diesen Aufruf (bei dieser Gelegenheit!) dazu benutzte, „mit der KPD abzurechnen“ und einseitig und ausschließlich den Kommunisten die Schuld dafür zuzuschreiben, daß der Faschismus in Deutschland überhaupt so stark werden konnte. Nach unserer Meinung sind gerade die Führer der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften die Hauptschuldigen an dieser Entwicklung.

Inzwischen scheint ein Teil der sozialdemokratischen Führung aus der Stimmung ihrer Mitglieder und Anhänger ersehen zu haben, daß die Stunde für eine solche Polemik gegen die KPD nicht gerade günstig gewählt ist. Der „Vorwärts“ ruft jetzt zu einer sozialdemokratischen Massenkundgebung in Berlin auf, die u. a. unter der Parole „Für die Einheit der Arbeiterklasse!“ stehen soll, und das sozialdemokratische Zentralorgan findet bei dieser Gelegenheit allerhand Worte für die Notwendigkeit proletarischer Einigkeit: „Einigkeit tut not! Einigkeit, nicht Einheitsfrontmanöver! Klassenkampf! Nicht Bruderkampf! Proletariat Deutschlands, vereinigt euch!“

Indessen sind diese Worte nichts mehr als ein billiges Zugeständnis an die Stimmung der sozialdemokratischen Mitgliedermassen. Daß die sozialdemokratische Führung keineswegs im Ernst daran denkt, auch nur den kleinsten praktischen Schritt auf dem Wege zur Herstellung einer geschlossenen proletarischen Abwehrfront zu tun, ergibt sich schon daraus, daß die SPD den Vorschlag unserer Bezirksleitung, zu einer Besprechung über gemeinsame Abwehrmaßnahmen zusammenzukommen, abgelehnt hat und daß die angekündigte Demonstration der SPD nicht gemeinsam mit der KPD, sondern einige Tage nach der kommunistischen Kundgebung stattfindet.

Es gibt aber für die Abneigung maßgebender sozialdemokratischer Führer gegen jedes Zusammengehen mit der KPD auch noch andere Beweise gerade aus diesen Tagen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wilhelm Sollmann, der die nützliche Eigen-

Wieder 200 000 Arbeitslose mehr!

Erneute Bankrott-Bestätigung der kapitalistischen „Arbeitsbeschaffung“

Berlin, 24. Januar.
Die Zählung der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen ergab für den Stichtag vom 15. Januar eine erneute

Zunahme von 193 000

Erwerbslosen gegenüber der letzten Zählung vom 31. Dezember 1932. Die Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosen beträgt 5 966 000.

In der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zusammen betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger Mitte Januar rund 2 214 000. Hier von entfielen auf die Arbeitslosenversicherung nach einer Erhöhung um rund 76 000 Unterstützte rund 867 000, während in der Krisenfürsorge ein Zuwachs um rund 66 000 auf rund 1 347 000 stattfand. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtsverweigerer wird Mitte des Monats nicht festgestellt, ebenso nicht die

Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten.

Daraus ergibt sich, daß rund 1 Million gemeldete Arbeitslose, neben den etwa 2 Millionen nicht mehr stempelnden, insgesamt 3 Millionen Arbeitslose keinen Pfennig Unterstützung bekommen.

Die offizielle amtliche Meldung ist direkt darauf angelegt, durch raffinierte Auslegungskunststücke eine Verminderung der Arbeitslosenziffer vorzutäuschen. Diese Meldung sieht so aus:

Berlin, 24. Januar.

WTB. In der ersten Januarhälfte hat sich die Arbeitslosenziffer gegenüber dem Vorjahr weiter so verflacht (welch schöne Phrase), daß sie erstmals nach fünf Jahren mit der des Vorjahres zusammenfällt. Damit ist die Ueberlagerung, die seit 1928 in

jedem Zeitpunkt gegenüber dem Vorjahr bestand und die Anfang Juni 1932 noch über anderthalb Millionen betragen hat, zunächst überwunden. Nach einer Zunahme von rund 193 000 Arbeitslosen — in der ersten Januarhälfte des Vorjahres fast 300 000 — ergab sich für den Stichtag vom 15. Januar bei den Arbeitsämtern eine Zahl von rund 5 966 000 Arbeitslosen.

Daran ist soviel richtig, daß in diesem Winter die Arbeitslosenziffer nicht in dem Tempo wie im Vorjahr steigt, aber — und das ist das allein Entscheidende — die Arbeitslosigkeit steigt, steigt immer weiter, trotz aller Arbeitsbeschaffungsprogramme. Der kapitalistische Bankrott kommt eben gerade darin zum Ausdruck, daß trotz der Milliarden des Reichs, die an Krediten und Steuergutscheinen dem Privatkapital „zwecks Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsankurbelung“ zur Verfügung gestellt werden, die Zahl der neuen Arbeitslosen, die der Neueingestellten immer mehr, und um das Vielfache, übersteigt. Die ganze „Arbeitsbeschaffung“ der Papen- und Schleicher-Regierung mit all den unzähligen, selbsteigenen Ministerreden ist damit als fauler Zauber erwiesen.

Die hungernden Massen haben es übersatt, seit Jahr und Tag als Versuchsobjekt behandelt zu werden, um nach jedem neuen Rezept feststellen zu müssen, daß sie wieder einmal genarrt wurden.

Darum nicht länger „abwarten“, sondern selbst in Aktion treten, durch geschlossenen Massenkampf den revolutionären Ausweg, die einzig mögliche und erfolgreiche Arbeitsbeschaffung zu erzwingen, ist das Gebot der Stunde.

2,8 Millionen Wohlfahrts-Erwerbslose

Berlin, 25. Januar.

(Eigene Meldung)

CNB. Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist für den 31. Dezember 1932 für das Reichsgebiet mit einem Stand von 2 800 000 Wohlfahrtsverweigerern zu rechnen. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat einen Zustrom von 100 000 Unterstützungsempfängern. Da seit Ende November keine Aussteuerungen aus der Krisenfürsorge mehr erfolgen, handelt es sich hierbei um Erwerbslose, die entweder aus der Arbeitslosenversicherung unmittelbar in die gemeindliche Fürsorge gelangen oder die Anwartschaft auf die Versicherung nicht erfüllt haben.

Deutschnationale Volkspartei gegen Schleicher

Kampfansage, die der Todesstoß für Schleicher sein kann

Die innenpolitische Situation hat sich im Laufe des gestrigen Tages weiter zu Ungunsten der Regierung Schleicher entwickelt. Die Deutschnationalen, die noch vor kurzem zu einer weitgehenden Unterstützung dieses Kabinetts (falls es all ihre Wünsche erfüllte) bereit zu sein schienen, haben jetzt eine

scharfe Kampfschließung gegen die Regierung Schleicher

angenommen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion macht in dieser Entschließung der Regierung schwere Vorwürfe über ihre Wirtschaftspolitik, die nicht hundertprozentig den unerfüllbaren Wünschen der Großagrarien entspricht. Dabei wird der Regierung u. a. vorgehalten, ihre Wirtschaftspolitik sei immer deutlicher „ein neues Abgleiten in sozialistisch-internationale Gedankengänge“ und beschwöre „die Gefahren des Bolschewismus auf dem flachen Lande“ herauf. Die deutschnationale Entschließung kehrt dann zu der alten Forderung der „starken Staatsführung“ zurück und wird ganz deutlich, indem sie von der

Notwendigkeit einer „vollständigen Neubildung des Kabinetts“ spricht.

Diese Kampfansage kann für das Kabinett Schleicher sehr weitreichende Folgen haben. Die Regierung scheint daher bemüht zu sein, ihr Liebeswerben um die Deutschnationalen verstärkt fortzusetzen. Sie hat nämlich, obwohl ihr diese ablehnende Haltung der Deutschnationalen bereits am Sonnabend bekannt war, trotzdem den Landrat v. Bismarck, Mitglied des Parteivorstandes der Deutschnationalen, auf den wichtigen Posten des Staatssekretärs im Preussischen Ministerium des Innern berufen. Sie hat sicher auch noch eine Reihe anderer wertvoller Liebesgaben für die Herren um Hugenberg in Reserve. Da es für die Deutschnationalen nicht um Fragen der politischen Gesinnung, sondern um Geschäfte politischer und anderer Art geht, ist immerhin auch mit der Möglichkeit eines Wiedereinschwenkens dieser Partei in die Schleicherfront zu rechnen. Andererseits kann die deutschnationale Kampfansage gerade durch die Beziehungen, die die DNVP zu dem mächtigen Kreise um Hindenburg hat, Schleichers Stellung schwer erschüttern.

schaft besitzt, von Zeit zu Zeit die Katze aus dem Sack zu lassen, hat am Sonntag auf einer sozialdemokratischen Konferenz im Rheinland ausgeführt, die jetzige Situation zwingt die Sozialdemokratische Partei zu einer vorsichtigen Taktik. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten sei — so führte er zu derselben Stunde aus, in der in Berlin die Nazihorden vor dem Karl-Liebknecht-Haus

johnten! — so lange unmöglich, als die KPD vom russischen Kommunismus abhängig sei. Im übrigen forderte Sollmann eine positive Stellung der SPD zum Wehrproblem. Die Sozialdemokratische Partei müsse eine Heeresverfassung erstreben, die innenpolitisch keine Bedrohung der Volksrechte sei und außenpolitisch einer Friedenspolitik, aber auch der Gleichberech-

tigung Deutschlands diene. Mit anderen Worten: Sollmann ist für die Miliz, d. h. für eine allgemeine Wehrpflicht, und er proklamiert damit für die SPD eine Politik, die den Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten weiter verschärfen muß. Daß er dabei nicht nur für seine Person, sondern für sehr maßgebliche Teile

Breslaus Arbeiterschaft macht Front gegen die braunen Häuser!

Sonntag, den 29. Januar, Vormittag,

Protestdemonstration der gesamten Arbeiterschaft gegen die unverschämten Anmaßungen der braunen Horden. Aufmarschplan wird morgen veröffentlicht.

Sozialistische Arbeiter-Partei Sozialistischer Schutzbund Sozialistischer Jugend-Verband

der sozialdemokratischen Führung gesprochen hat, versucht sich am Rande

Wo Sozialismus spricht, kann Ernst Heilmann nicht schweigen. Das neueste Heft seiner Zeitschrift „Das freie Wort“ enthält unter dem Motto „Wahrheit kann keine Einheitsfront mit der KPD geben“. Im Leitartikel dieses Heftes erklärt Heilmann, das Zustandekommen einer kommunistisch-sozialdemokratischen Einheitsfront sei nicht nur im Augenblick, sondern grundsätzlich unmöglich. „Verständigung mit Faschisten, oder Kommunisten ist unabhängig von der politischen Einstellung eine Utopie. Mit ihnen kann man nur kämpfen und gegen oder von ihnen vernichtet werden.“ Diese Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten dürfte auch in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Was sollen die sozialdemokratischen Arbeiter davon halten, daß ihnen einerseits diese Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten serviert wird, während andererseits der „Vorwärts“ erklärt, es könne nur auf die Kommunisten an, sie sollten sich ebenfalls der sozialdemokratischen Front anschließen?

Die weiteren Aufsätze dieses Heftes sind in der gleichen Tonart gehalten. Es wird dort bedauert, daß die SPD viel zu wenig über „das schreckliche Eloyd in der Sowjet-Union, die barbarische Verklawung und Terrorisierung ihrer Bevölkerung, den brutalen bolschewistischen Imperialismus“ rede und schreibt die Aufbauleistungen der Sowjet-Union, die selbst von Otto Bauer als „wertvolle sozialistische Elemente“ anerkannt werden, nennt „das freie Wort“ „ungeheuerliche sowjetrussische Verstaatlichungen, durch die eine Handvoll der Moskauer Tyrannen und ihre Helfershelfer nur ihre blutige Gewaltherrschaft über die gesamte Bevölkerung unermesslich stärken und verschärfen“. Der Bolschewismus sei „brutale Reaktion und gewalttätigster Imperialismus“, und nur durch seinen Zusammenbruch könne die europäische Arbeiterbewegung gerettet werden! In der gleichen „sympathischen“ Tonart bezeichnet ein weiterer Aufsatz des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Staudinger die KPD als „russische Kolonisttruppe“ und erklärt: „Die Frage ob die kommunistische Partei den Sozialismus in Deutschland durchführen will, kann heute restlos mit Nein beantwortet werden. Die Frage, ob mit der kommunistischen Partei eine Einheitsfront möglich ist, muß radikal verneint werden.“

Inmehrin, wenn Ernst Heilmann mit solchem Geschütz anfahren muß, so ist das ein Beweis dafür, daß das Drängen nach der proletarischen Einheitsfront bei den Massen der SPD stärker und stärker wird und den Führern vom Schlage eines Heilmann gefährlich zu werden droht. Und hier entsteht die Frage: was tut die Führung der KPD, um diese Situation zu nutzen für die Revolutionierung der deutschen Arbeiterklasse, für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront unter revolutionärer Führung?

Kein Zweifel, daß eine wirklich kommunistische, nach den Lehren Lenins handelnde revolutionäre Partei in diesem Augenblick entscheidende Aufgaben in dieser Richtung zu erfüllen hätte! Aber ebenso unzweifelhaft ist es leider, daß die Führung der KPD diesen Aufgaben in keiner Weise gewachsen ist. Auch die kommunistische Führung hat den Vorschlag unserer Berliner Bezirksleitung abgelehnt, und sie hat es unterlassen, vor Einberufung ihrer Demonstration die Führung der SPD und der freien Gewerkschaften zu einer gemeinsamen gewaltigen Kundgebung aufzufordern. Statt dessen begnügt sich die Führung der KPD mit der Veröffentlichung des hundertsten oder tausendsten Aufrufes an die sozialdemokratischen Arbeiter, sich der KPD anzuschließen. Daß ein solcher Appell nur dann ernsthaften Erfolg haben könnte, wenn die kommunistische Führung den sozialdemokratischen Arbeitern gleichzeitig beweisen könnte, daß alle ihre ehelichen Bemühungen um die Herstellung einer gemeinsamen Front an der Führung der SPD gescheitert seien — diese Erkenntnis ist im Zentral-Komitee der KPD nicht vorhanden!

So zeigt sich, daß auch in diesem Augenblick wieder die Führungen der beiden großen Arbeiterparteien nicht willens und nicht fähig sind, den Erfordernissen der Stunde zu genügen. Das gefühllos richtige Drängen der Arbeitermassen nach der Einheitsfront darf aber nicht ohne politische Führung bleiben. Darum wird auch jetzt wieder sichtbar, wie unentbehrlich für den Kampf des deutschen Proletariats eine starke sozialistische Arbeiterpartei mit einer klaren zielbewußten politischen Linie ist. Die Führung unserer Partei und unsere Organisationen in Stadt und Land stehen vor der großen und entscheidenden Aufgabe, ohne Zeitverlust alle Möglichkeiten zu geschlossenen Aktionen aller proletarischen Organisationen zu prüfen und alles in die Wege zu leiten, um die Massen des Proletariats für eine solche Einheitsfront in Bewegung zu bringen. Die Parole der Stunde lautet: Neue Offensive für die Einheitsfront!

Weitere Ausschlüsse aus der SA Mittelfranken

CNB. Im Zusammenhang mit dem Ausschluss des SA-Gruppenführers Wilhelm Stemann aus der NSDAP und der Gründung eines „Freikorps Franken“ sind fünf „fränkische Standartenführer“, die sich hinter Stemann gestellt hatten, aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden.

Pressestimmen zur deutschnationalen Kampfansage gegen Schleicher

Berlin, 25. Januar.

CNB. Die Entschleifung der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird von der Sicherungs- und Kampfpresse als eine Klärung der innerpolitischen Lage bezeichnet, da sich aus ihr das Verhalten der Deutschnationalen beim Zusammenschluss des Reichstages ergibt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bezeichnet als Motive für die Haltung der Deutschnationalen: Resentiment aus der Zeit des Regierungswechsels, Rücksichtnahme auf die radikale Stimmung in der Landratschaft, Verärgerung darüber, daß die Regierung zu wenig gegen den Feldzug wegen der Osthilfeinstände getan habe, und schließlich den Wunsch, der auch bei anderen Parteien zutage sei, wenn es zur Klärung des Machtverhältnisses zwischen Reichsleitung und Parteien komme, nicht der Regierung allein das Feld zu überlassen.

Die Vossische Zeitung meint, die politische Absicht Hugenbergs mit seiner Kampfansage an Schleicher sei, sich bei einem kommenden Wahlkampf gegenüber den Nationalsozialisten konkurrenzfähig zu zeigen.

Der Vorwärts hält die Absage der

Deutschnationalen für sehr bedeutungsvoll. Sie könne das Ende der Regierung Schleicher werden.

Der Börsencourier sieht einen Zusammenhang zwischen dieser „Kampfansage“ und der Mitteilung des Reichskanzlers, daß die Regierung keine Erwägungen über Anwendung des Staatnotstandes anstelle, dadurch seien die Deutschnationalen offenbar sehr unliebsam überrascht worden.

Der Kreuzzeitung zufolge wird der Vorstoß gegen Schleicher in deutschnationalen Kreisen dahin erläutert, daß auf die Nationalsozialisten ein Druck ausgeübt werden solle, sich nicht wieder für eine Vertagung des Reichstages einzusetzen. Die deutschnationale Stellungnahme müsse ihren Ausdruck darüber hinaus in einem Mißtrauensantrag oder der Zustimmung zu einem solchen finden, dem sich auch die NSDAP nicht werde entziehen können.

Die Deutsche Zeitung nennt die scharfe Absage umso bemerkenswerter, als in den letzten Tagen wiederholt behauptet worden sei, daß die Deutschnationalen in Verbindung mit den Plänen stünden, das Kabinett Schleicher durch außergewöhnliche Maßnahmen zu stützen.

Die Angst vor der Untersuchung Die weitere Behandlung des Osthilfe-Skandals

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Debatte über den Skandal der Osthilfe fortgesetzt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt-Köpenick führte eine Reihe von Fällen an, in denen adlige Großgrundbesitzer Hunderttausende von Mark vom Reich erhalten haben. Diese gewaltigen Summen seien jetzt verloren. Aus nationalsozialistischen Kreisen habe er in Dutzenden von Fällen erfahren, daß

aus diesen Reichsgeldern ganz erhebliche Beträge an die NSDAP geflossen seien.

Reichsernährungsminister v. Braun nahm hierauf das Wort, um das „Elend der Großagrarien“ in den schwärzesten Farben darzustellen. Sachliche Aufklärung über die vorgetragenen Korruptionsfälle gab er hingegen nicht.

Zu einzelnen Fällen nahm dann Ministerialdirektor Reichard das Wort: Er bestritt, daß Hermine von Hohenzollern in die Osthilfe einbezogen worden sei. Ihn gegen die Osthilfe zu ziehen, daß zwei nahe Verwandte dieser Frau des ehemaligen Kaisers von der Osthilfe saniert worden sind.

Außer den gewaltigen Beträgen, die Deutschland Jahr um Jahr für die Familie Hohenzollern und all die anderen Fürstentümer aufbringen muß, müssen also die Steuerzahler auch noch auf diesem Wege für diese Herrschaften bluten! Im übrigen ist die Darstellung des Ministerialdirektors natürlich auf die Behauptung hinaus, daß „alles in bester Ordnung“ sei.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses waren allerdings nicht durchweg dieser Auffassung. Der Zentrumsabgeordnete Erasing übte erneut scharfe Kritik an der Praxis der Osthilfe und wandte sich besonders dagegen, daß auch Landwirte bedacht worden seien, die noch andere Betriebe (Fabriken, eine Zahnpraxis usw.) haben. Die Osthilfe sei für solche Fälle ebensowenig ge-

schaffen worden, wie etwa zur Finanzierung von Neuanschaffungen, Reisen usw.

Der kommunistische Abgeordnete Hoernle erklärte, die Kommunisten würden alles tun, um die Öffentlichkeit über den Raubzug der ostelbischen Großgrundbesitzer aufzuklären. Wenn die Siedlungen rentabel sein sollten, müsse man den Siedlern das Land kostenlos überlassen. Die Statistik zeige, daß bei der Osthilfe

die Großgrundbesitzer planmäßig bevorzugt und die kleinen Bauern bewußt ausgeschaltet worden seien.

Die Redner der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten nahmen die junkerfreundliche Praxis der Osthilfe uneingeschränkt in Schutz.

Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen. Es soll jetzt ein Untersuchungsausschuß in einer Einzelberatung, die voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird, die rechnerischen Einzelheiten näher prüfen. Nach Abschluß der Beratungen im Untersuchungsausschuß wird das Ergebnis wiederum im Haushaltsausschuß beraten werden.

Außerdem besteht aber auch die Möglichkeit, daß

ein Untersuchungsausschuß des Reichstages

gebildet wird. Ob ein solcher Untersuchungsausschuß zustandekommt, wird weitgehend von der allgemeinen politischen Entwicklung abhängen, da eine Auflösung des Reichstages diesen Plan durchkreuzen könnte.

Sehr bezeichnend ist, daß die Kreise, die mit den Großagrariern verbunden sind, also insbesondere die Deutschnationalen, schon heute auf die Schärfste gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses protestieren.

Damit wird erneut bestätigt, daß die Herren sehr viel zu verbergen haben!

Auslands-Rundschau

Athen, 24. Januar.

Der Staatsanzeiger veröffentlicht heute abend den Auflösungsbericht des Präsidenten. Die Neuwahlen zur Kammer werden am 5. März stattfinden, die neue Kammer wird am 27. März ihre Eröffnungssitzung abhalten.

Agram, 24. Januar.

Ein Teil der Studentenschaft der hiesigen Universität hat beschlossen, als Protest gegen die angeblich beabsichtigte Schließung einer Fakultät heute in den Streik zu treten.

Paris, 24. Januar.

Der Finanzausschuß der Kammer hat mit 16 gegen 11 Stimmen bei drei Enthaltungen die gesamten von ihm beratenen Finanzmaßnahmen angenommen. Sie sind entnommen zum Teil aus dem Gesetzentwurf der Regierung, zum anderen Teil aus dem sozialistischen Gegenentwurf. Trotz der Bitten und Mahnungen des Finanzministers Chéron und des Ministerspräsidenten Paul Boncour, der sich mit Chéron solidarisch erklärte, hat der Finanzausschuß der Kammer sich geweigert, gewisse Beschlüsse aufs neue zu prüfen und seine Entscheidung den Wünschen der Regierung anzupassen. Ueber einzelne, früher zurückgestellte Fragen, zum Beispiel die steuerlichen Maßnahmen zum Ausgleich der Beamtengehälter, hat er überhaupt nicht mehr beraten. Die von der Regierung besonders gewünschte Erhöhung der Einkommensteuer um 5%

ist vom Ausschuß nicht angenommen worden.

Rio de Janeiro, 24. Januar.

CNB. Die brasilianische Heeresleitung hat sich in letzter Zeit intensiv mit Versuchen zur Herstellung von Giftgasen aus heimischen Rohstoffen befaßt, um im Fall eines Krieges in dieser Hinsicht vom Ausland völlig unabhängig zu sein. Die im chemischen Laboratorium der Veterinärchule in Rio de Janeiro veranstalteten Experimente ergaben eine außerordentliche Wirksamkeit der brasilianischen Giftgase und des vom Laboratorium ebenfalls aus brasilianischen Rohstoffen erzeugten Tränngases.

Santiago de Chile, 24. Januar.

Nach Berichten aus La Paz haben die bolivianischen Streitkräfte unter der persönlichen Führung des Generals Kundt seit drei Tagen eine Offensive gegen Stils gegen die paraguayische Stellen unternommen. Bolivianische Infanterie soll nach schwerer Artillerievorbereitung trotz des starken Widerstandes der paraguayischen Truppen vorrücken. Der rechte Flügel der Paraguayier soll aufgegeben sein. Die Verluste heißt es, seien auf beiden Seiten bedeutend.

Sofia, 24. Januar.

Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Fraikoff ist heute von zwei Unbekannten ermordet worden. Den Tätern gelang es, zu entfliehen.

10 Jahre Zuchthaus für kommunistischen Arbeiter!

Berlin, 24. Januar.

CNB. Das Schwurgericht des Landgerichts II verurteilte gestern den wegen Mordes angeklagten kommunistischen Arbeiter Walter Guhl wegen Irtstchlags zu zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Der Angeklagte Guhl war an dem Überfall auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal in der Richardstraße am 15. Oktober 1931 beteiligt gewesen. Guhl flüchtete nach der Tat nach Rußland, blieb dort bis zum Herbst v. Js. und kehrte dann nach Deutschland zurück, wo er verhaftet wurde.

Demonstrationsverbot im Regierungsbezirk Köln

Köln, 24. Januar.

Der Regierungspräsident in Köln hat alle Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel für das Gebiet der Stadt Köln, des Landkreises Köln, der Stadt Bergisch-Gladbach und der Gemeinden Brunsberg, Roersrath und Porz bis auf weiteres verboten.

Das fällige Dementi

Berlin, 24. Januar.

CNB. In einer Reihe von Zeitungen wird in Gerichten von Staatsnotstandsplänen der Reichsregierung gesprochen. Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß die Reichsregierung keine Erwägungen über einen eventuellen Staatsnotstand angestellt hat.

Staatssekretär v. Bismarck

Berlin, 24. Januar.

CNB. Der Landrat Herbert von Bismarck ist mit Wirkung vom 1. Februar d. J. ab zum Staatssekretär im preussischen Innenministerium ernannt worden. Der neue Staatssekretär war vom 1. Dezember 1916 bis zum 31. März 1931 Landrat des Kreises Regenwalde in Labes; er wurde damals von der preussischen Regierung Braun wegen politischer Betätigung in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Herr von Bismarck ist Mitglied des Reichstages seit der Wahlperiode 1930; er gehört der deutschnationalen Fraktion an.

Zuchthausurteil gegen Reichswehrgefreiten

Leipzig, 24. Januar.

Wegen des vorsätzlichen Verbrechens der Ausrüstung von militärischen Gegenständen und Nachteilen in Tateinheit mit versuchtem Verbrechen des schweren Diebstahls wurde der 24jährige Gefreite Friedrich Ebbing aus Holzwickede-Hörde heute vom Reichsgericht zu 2½ Jahren Zuchthaus, Entfernung aus dem Heere und fünfjährigem Ehrverlust bei Anrechnung von 14 Monaten Untersuchungshaft (II) verurteilt. Der mitangeklagte 32jährige frühere Reichswehrgehörige August Steffens aus Dahlen (Kreis Norder-Dithmarschen) wurde freigesprochen. Der Reichsanwalt hatte gegen die beiden Angeklagten, die der Kommunistischen Partei angehören, acht und sieben Jahre Zuchthaus beantragt.

Die dreitägige Verhandlung war aus Gründen der Staatssicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt worden. Ebbing wurde überführt, daß er in der Nacht zum 19. August 1931 als aktiver Soldat in die Jägerkaserne Goslar einzubrechen versucht hatte um militärische Informationen dem französischen Nachrichtendienst zur Verfügung zu stellen. In der Urteilsbegründung stellte der erkennende Senat fest, daß der versuchte Einbruch aus Eigennutz begangen wurde, also nicht unter das Amnestiegesetz falle, andererseits sei bei der Strafzumessung zu berücksichtigen gewesen, daß die Tat in schwerer Trunkenheit begangen worden sei.

SJV demonstriert!

(Eigener Bericht der SAZ)

Dresden.

Unter Vorantritt der SSB-Kapelle und des Spielmansszuges des SJV demonstrierten am Sonntag trotz des stürmischen Schneewetters über 400 junge Klassenkämpfer durch das Johannstädter und Strieflener Viertel. Diese Demonstration des SJV war ein glänzender Auftakt für den Kampf gegen die durch das „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ geplante Militarisierung der Jugend. Die Polizei zeigte sich äußerst nervös. Ohne daß ein gewichtiger Grund vorlag, wurde dauernd mit dem Knüppel und mit Auflösung des Zuges gedroht. Die Nervosität der Polizei rührt wahrscheinlich daher, daß sie jetzt in erhöhtem Maße neben ihrer rein körperlichen Betätigung noch „scharf Denken“ müssen. Bei jedem Lied und Sprechchor müssen sie nämlich auf das „Hochverräterische“ acht geben. Wenn das Wort „Gewehr“, „Bürgerkrieg“ oder „Barrikaden“ ertönt oder gar das schreckliche „Rot-Front!“ dann kann man ordentlich sehen, wie die Ohren der Behelmen unnatürlich groß werden. Trotzdem konnten „Unsere Lieben“ nicht verhindern, daß bei der Schlusskundgebung ein vielhundertstimmiges „Rot-Front!“ über den Platz ertönte.

SA-Leute überfallen SAP-Genossen

Polizei sagt: „Sind Sie froh, daß Ihnen nicht mehr passiert ist“

Erst jetzt erfahren wir, daß die Nazis am vergangenen Sonntag wieder einen tückischen Überfall auf einen SAP-Genossen durchführten.

Als am Sonntagvormittag unser Genosse Plutte beim Werben für Partei und Presse sich in der Kohlenstraße befand, wurde er plötzlich am Haus Nr. 23 von drei SA-Leuten, die aus einem vorbeimarschierenden Trupp Nazis herausstraten, angefallen und geschlagen. Doch damit nicht genug. Die braunen Helden, einmal in der Mehrheit, entrissen unseren Genossen die Zeitungen, Mütze und Abzeichen. Gleichfalls hatten sie es auf die Aktenstücke abgesehen. In ihr befanden sich Kartothekkarten und Geld. Als sie nach ihrem frechen Raubüberfall flüchten wollten, wurde dies durch hinzukommende Schupos verhindert. Unserem Genossen Plutte wur-

SJV, Breslau

General-Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 26. Januar, pünktlich 20 Uhr, im Heim 4, Sonnenstr. 39, Hth. Tagesordnung: 1. „Die Aufgaben der proletarischen Jugend“, Ref. Gen. Werner Thulheim. 2. Berichte. 3. Anträge. 4. Diskussion. 5. Neuwahl. Alle Genossen müssen erscheinen. — Mitgliedskarte mitbringen.

den die Sachen wieder ausgehändigt. Auf sein Verlangen, die Personalien der Nazis festzustellen, antwortete ihm ein Schupo: „Sind Sie froh, daß Ihnen nicht mehr passiert ist.“

Dieses unerhörte Verhalten muß gebrandmarkt werden. Es ist die indirekte Unterstützung des Mordterrors der braunen Banden. Die Arbeiterschaft ist darum in ihrer Verteidigung ganz auf sich selbst gestellt. Immer wieder von neuem muß darum unser Weckruf in den Arbeiterquartieren erschallen: „Schafft die Klassenfront!“

485840

Die Zahl der Arbeitssuchenden in Schlesien hat wiederum in der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1933 zugenommen. Sie stieg nämlich um 19.929. Damit liegt die Zahl der arbeitssuchenden Arbeitslosen in Schlesien wiederum über der Vorjahreszahl.

Während des Monats Dezember ist eine beträchtliche Zunahme der Betriebsstilllegungen in Schlesien zu verzeichnen gewesen. Insgesamt wurden 85 Stilllegungsanzeigen erstattet, gegenüber 53 im Vormonat. Diese Betriebsstilllegungen erstrecken sich wiederum insbesondere auf die Industrie der Steine und Erden sowie die Steinindustrie.

Die weitere Belastung des Arbeitsmarktes während der Berichtszeit ging überwiegend von den Außenberufen aus. Auch wurde ein verstärkter Zugang jugendlicher Erwerbsloser verzeichnet. Dazu behauptet der amtliche Bericht, daß dieser Zugang darauf zurückzuführen sei, daß sie auf Grund des Notwerks der deutschen Jugend Jugendliche in verstärkter Maße bei den zuständigen Arbeitsämtern gemeldet oder wiedergemeldet hätten.

„Freie Esperanto-Vereinigung Breslau“

Die stattgefundene Jahresversammlung nahm u. a. den Geschäfts- und Kassenbericht entgegen, aus dem hervorging, daß sich unser Verein trotz der wirtschaftlichen Notlage (90 Prozent der Mitglieder sind erwerbslos) stabil gehalten hat. Aus dem Bericht des technischen Leiters ging hervor, daß unsere vierzehntägigen Rundfunkvorträge lobenswerte Beachtung im Ausland fanden, was uns durch Karten und Briefe, die bei der Schlesiensfunkstunde eingegangen sind, bestätigt wurde. Also ein Zeichen dafür, wie eng verbunden Esperanto und Radio ist. Der alte Vorstand wurde in diesem Jahre wiedergewählt. 1. Vorsitzender: Willi Meder, Mehlgasse 62; 2. Vorsitzender: Josef Treutler, Goldammerweg 21; 1. Kassierer: Kurt Lindner, Sternstraße 102; 1. Schriftführer: Herbert Perlitius, Kohlenstraße 12. Für das Jahr 1933 wird im Frühjahr eine große Werbetätigkeit des Vereins einsetzen. Auch sollen die Verbindungen unter den einzelnen Organisationen der Arbeiterschaft ausgebaut werden. Wie weit es gelingen wird, das gesteckte Ziel zu erreichen, wird nicht immer nur beim Vorstand, sondern vielmehr bei der gesamten Mitgliedschaft des Vereins liegen. Darum gilt es auch für das Jahr 1933, alle Kräfte zu sammeln, um neue Kämpfe siegreich zu führen.

Bronzezeitlicher Friedhof bei Sagan entdeckt

Am Böhmerufer legte der Siedler Quoor beim Anlegen von Spargelbeeten einen Teil eines bronzezeitlichen Buckelurnenfriedhofes der Illyrier frei, nachdem er dort schon früher auf Urnen gestoßen war. Man förderte zwei sehr gut erhaltene terrinenförmige Aschurnen, einen Henkelkrug, zwei Tassen und zwei Beigefäße zu Tage. Alles handgetöpft, mit den für die Zeit von 1000—800 v. Chr. charakteristischen Ausbuchtungen und Strichornamenten. Es ist anzunehmen, daß sich hier am wild- und fischreichen Böhmer Siedlung der Illyrier befunden hat, von denen auch an anderen Stellen des Böhmers im Heimatkreise Siedlungen festgestellt worden sind.

Der Kurs der Volksbühne

In dem Augenblick, in dem die Berliner Affäre Rotter ihre Kreise zieht und den Zusammenbruch des Theaterkonzerns gleichen Namens zur Folge hat, ist nicht nur in der Hauptstadt, sondern allenthalben im Reich eine Institution aufs schimpflichste belastet worden, die den Zerfall der bürgerlichen Kultur von einer besonderen Seite beleuchtet, das Geschäftstheater. Die Affäre Rotter ist der sprechende Beweis, wohin der Kurs der kulturellen Institutionen führt, deren leitendes Prinzip einzig der Profit und die Ausschaltung aller aufbauwilligen und zukunftsstrebigen Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Den Arbeiterparteien erwächst daraus die Aufgabe, diesen wichtigen Punkt der kulturellen Front mit allen Mitteln zu berennen und, insofern sie über einen nennenswerten Einfluß in den Gemeindeparlamenten noch verfügen, die Bewilligung öffentlicher Mittel für das Theater nur gegen feste, bindende Zusicherungen auf dem Gebiete der Spielplangestaltung zu erteilen. Man bleibe uns mit dem Geschrei von der Unantastbarkeit der Kunst, die von der Bourgeoisie längst zur Dirne ihres Profits erniedrigt worden ist, fern. Wenn wirklich schöpferische Kunst die Hirne und Herzen packt, dann ist ihr Inhalt mit dem der zukunftsbildenden Mächte der gesellschaftlichen Entwicklung gleich. Das lehrt ein Blick in die Geschichte. Und man komme uns auch nicht mit dem Einwand an, daß das Bürgertum ebenfalls seine Ansprüche anmeldet. Das Los, das Hays „Sigmund“ in Berlin und Breslau zuteil geworden ist, beweist nur, wie sehr man diesen Ansprüchen schon Rechnung trägt.

Doch, um auf die Breslauer Verhältnisse einzugehen: Wir haben in Breslau zwei große theaterpolitische Faktoren, die Vereinigten Theater und die Besucherorganisation der Volksbühne; von der politisch und künstlerisch undiskutablen „Deutschen Bühne“ können wir hier absehen. Die Vereinigten Theater sind ein durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln unterstütztes Unternehmen und wir erinnern uns noch, wie auch die Volksbühne zur Zeit des Umbaus des Thalia-Theaters, als man des Zuschusses aus öffentlichen Mitteln bedurfte, den Charakter des werdenden Theaters als „Volksbühne“, als Theater des „kleinen Mannes“ immer wieder ins Feld geführt hat. Dieser unsichere Wechsel auf die Zukunft ist indes nicht eingelöst worden. Es heißt schon viel, wenn der Kritiker eines bürgerlichen Blattes vorsichtig darauf hinweist, daß der neue Name des Theaters eigentlich verpflichtend, scheinbar man inzwischen vergessen zu haben. Wir können ja deutlicher werden. Das dramaturgische Büro des Vereinigten Theater hat es an nichts fehlen lassen, den einstigen Namen der Breslauer Schauspielbühne in einer Saison völlig zu verwirtschaften. Denken wir an die Personalpolitik, die eine Duldsamkeit selbst gegen unhaltbare Zustände an den Tag gelegt hat (vielleicht erinnert man sich noch des Auftretens von Ria Rose), und denken wir vor allem an das Repertoire, an jene literarischen Belanglosigkeiten und niveaulosen Reifer, die uns unter den Titel „Auslandreise“, „Der Tiefstapler“, „Die Töchter der Exzellenz“, serienweise geboten werden. Diskutabel sind in dieser Saison nur zwei Stücke gewesen, wenn man die „Komödie der Irrungen“ ausnimmt: Hays „Sigmund“ und Shows eben aufgeführte Komödie. Von diesen aber ist das erste auf des Flötens der Dompfaffen hin sofort verschwunden; das zweite, muß man befürchten, wird das gleiche Schicksal ereilen. Denn das Wagnis und der Mut, die zur produktiven Arbeit nach wie vor gehören, sind der Leitung der Vereinigten Theater nicht gegeben. Man begibt sich auf ein Niveau, das Paul Lindaus berühmten Namen noch in Schatten stellt. Man sieht, und hier liegt die tiefere Ursache für den kulturellen Verfall, nur auf gefüllte Kassen. Das Breslauer Theater ist aus einer bildenden, erzieherischen Institution ein einträglicher Amüsierbetrieb geworden. Die bür-

gerliche Bühne hat den letzten trügerischen Schein abgestreift, als käme es ihr mehr auf Kultur- und Kunst- als auf Geldinteressen an. Der erbärmlichste Schund ist dem kühnen Programm gewichen, mit dem das Theater einst in den bürgerlichen Emanzipationskampf so überaus wirksam und fördernd eingegriffen hat.

Ein gerüttelt Maß Schuld an dieser Entwicklung trägt nun auch die Volksbühne. Die überschwänglichen Illusionen, mit denen die freien Volksbühnen gegründet wurden, sind ja längst an der rauhen Wirklichkeit zerschellt, und ihr Scheitern ist, wie der Niedergang des bürgerlichen Theaters, in erster Linie aus der zwangsläufigen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu begründen. Die Volksbühne hat sich jedoch dieser Entwicklung nicht entgegen gestellt, sondern sie widerstandslos mitgemacht. Der Kurs der Volksbühne stände nicht so ernsthaft zur Debatte, wäre die Volksbühne den Prinzipien ihrer Gründerzeit nur entlernt treu geblieben. Man darf auch nicht vergessen, daß sich die Mitgliedschaft der Volksbühnen in ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung seit einem Jahrzehnt gewandelt hat. Die Volksbühnen von heute haben bei weitem nicht mehr die Anzahl Proletariat in ihren Reihen wie früher. Die Krise mit ihren furchtbaren Begleiterscheinungen, der Arbeitslosigkeit, der Unterbindung der Bildungsmöglichkeiten des Proletariats, hat hier einen gründlichen Wandel geschahen. An die Stelle des kunstinteressierten Proletariats ist ein Kleinbürgertum getreten, das in den Volksbühnen nichts als eine verbilligte Gelegenheit des Theaterbesuchs sieht. Also auch hier eine Art Profitinteresse. Daß diesem, bei weitem stärkeren, Stimm von Mitgliedern nach seiner klassenmäßigen Herkunft an einem anspruchsvollen Theater nichts liegt, vorstellt sich. Man wünscht Erholung, man will ein Opiat gegen die Häßlichkeit des Lebens. Auf diesen Ton sind folgerichtig fast alle Reden der leitenden Instanzen der Volksbühnen jetzt abgestimmt.

Wir haben jedoch die Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung nicht geschildert um jede Handlungsweise der einzelnen leitenden Persönlichkeiten zu entschuldigen. Wir nennen ungern Namen, aber besteht man sich die Breslauer Verhältnisse näher, so ruhen diese Fragen bis jetzt nur in der Hand von drei Personen, Herrn Direktor Barnay, Direktor Eggers und Pastor Moering. Die Mitgliedschaft der Volksbühne hat infolge der geltenden Organisationsstatuten nichts zu sagen. Sie kann Wünsche äußern und Proteste schreiben. (Man wird sich über eine wirksamere Einflußmöglichkeit bald einmal unterhalten müssen.) Und der künstlerische Ausschuß gibt Gutachten ab, die ihn beschließenden, die das diktatorische Dreimännerkollegium aber nicht als maßgeblich betrachtet.

Damit sind wir an dem Punkt angelangt, wo die organisatorische Erfassung der Opposition und die Abgabe konkreter Vorschläge eine Notwendigkeit wird. Wir betonen hierzu wieder, daß uns an einer Zerschlagung der Volksbühne nichts liegt. Wir sind mit Mehrheits-Mindestforderung einverstanden, in ihr nur einen bescheidenen, doch nicht unwirksamen Hebel zu erblicken, den Geschmack der Arbeiter zu läutern, damit ihre Kultur-entwicklung und auch ihren Befreiungskampf zu fördern. Wir müßten ja nicht Marxisten sein, um bei den heutigen Verhältnissen mehr zu fordern. Aber wir sind mit Mehring darin einer Meinung, daß hierbei die richtige Grenze innegehalten werden muß: Tritt die Volksbühne den großen Zielen der modernen Arbeiterbewegung hindernd in den Weg, vergräbt sie ihren proletarischen Ursprung und läßt sich mit offiziösen kapitalistischen Unternehmen, welche unter dem Geschwafel von der „reinen Kunst“ die unterdrückten Klassen besudeln wollen, in eine charakterlose Verbindung ein, es wäre besser, die Volksbühne existierte nicht. E. K.

Quer durch Oels

Die Freien Turner Oels halten Rückschau

Der Vorsitzende konnte in seinem Bericht die Stabilität des Vereins feststellen, der Mitglieder-Rückgang ist nicht allzu stark in Erscheinung getreten. Nach Mitteilung lehnt der Bundesvorstand die Beteiligung am FAD sowie am Jugendkuratorium ab. Diesen Beschluß kann man vom proletarischen Standpunkt aus begründen. Der Verein zählt eine Kinderschar von 120. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden Gen. Niebisch (SPD) zum 1. Vorsitzenden und Gen. Weiz (SAP) zum 2. Vorsitzenden gewählt.

Das hat gerade noch gefehlt

Der Elternbeirat der evangelischen Mädchenschule verlangt Einführung einer stärkeren Züchtigung

Auf Grund der bekannten Vorgänge, wonach verschiedene ältere Männer aus Oels sich an Mädchen unter 14 Jahren sittlich vergangen hatten, hatte der Elternbeirat der Schule zu einer Sitzung eingeladen, und die bürgerliche Mehrheit faßte obigen Beschluß. Eine Elternversammlung wird sich noch mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Deshalb ist es Pflicht aller proletarischen Eltern, an dieser Versammlung teilzunehmen, um die Prügelstrafe fernzuhalten, wir haben andere Erziehungsmaßnahmen.

Bei dem Lokomotivführer a. D. Rappich, der sich ebenfalls an Schu-

kindern vergangen haben soll, faßte man den Beschluß, ihn ins Irrenhaus zu bringen. Rappich ist bekannt aus der Affäre seiner Tochter mit dem ehemaligen Kronprinzen.

Von der Gewerkschaftsfront

Die Eisenbahner haben ihre Generalversammlung der Zahlstelle Oels erledigt, in ihr sprach der frühere Betriebsratsvorsitzende Hahn über die Stellung des Verbandes zum Reichsbahnmonopol. Bei der Neuwahl der Zahlstellenleitung wurden unsere zwei SAP-Kollegen wiedergewählt. Bei der Wahl von den 12 Kartelldelegierten konnten wir 5 Stellen mit unseren Kollegen besetzen. Unserm Genossen Lange, der neu ein-

geleitet, versuchte man abzubiegen, es gelang aber nicht. Zu den weiteren Punkten, insbesondere Arbeitszeit, sprachen die Kollegen Eisebith und Weiz, welche andere Maßnahmen als die bisherigen Verhandlungen und papierernen Proteste verlangten.

Der Gesamtverband hat ebenfalls seine Generalversammlung erledigt, wir sind im Vorstand mit 2 Kollegen vertreten, sowie einem Kartelldelegierten.

Die Metallarbeiter haben ebenfalls getagt, auch hier sind wir mit einigen Posten vertreten. Scharf wurde in dieser Versammlung die Schreibweise der Gewerkschafts- und Metallarbeiter gegenüber Sowjet-Rußland kritisiert. Eine Entschliebung an den Vorstand, die sich gegen diese klassenschädigende Schreibweise wendet, wurde mit allen gegen 1 Stimmen angenommen.

Generalversammlung der SAP

In der gut besuchten Versammlung wurde vom Vorsitzenden Rückschau gehalten über die Arbeit im vergangenen Jahr. Rege war das Leben, trotz der kleinen Gruppe, trotz finanzieller Schwierigkeiten. Abgehalten wurden im verflorenen Jahr 9 öffentliche Versammlungen in Oels, 13 öffentliche Versammlungen auf dem Lande, 7 Mitgliederversammlungen, 3 Mitgliederversammlungen mit anschließendem gemütlichem Beisammensein, 2 Frauensabende, 1 Sommerausflug.

Zu erwähnen ist ferner noch die Gründung der SAK sowie des Schutzbundes; die Jahresfeier unserer Gruppe war ebenfalls eine gute Veranstaltung.

In der Frage der Einheitsfront hatten wir ein gutes Zusammenarbeiten mit den Genossen der KPD. Gemeinsam durchgeführt wurden zwei öffentliche Versammlungen, eine Gewerkschaftsversammlung, eine Versammlung für den proletarischen Selbstschutz, der in den hochpolitischen Tagen gemeinsam den Schutz der Klassenossen übernahm. Ferner wurde in Verbindung mit Breslauer Genossen und der Oelser KPD-Ortsgruppe eine öffentliche Demonstration gegen den Festschismus durchgeführt, die weit über 1000 Menschen auf die Beine brachte.

Die Vorstandswahl ergab keine Änderungen, einstimmig wurde der alte Vorstand wiedergewählt.

Nunmehr ergriff Genosse Fabian das Wort; er legte in kurzen Worten die politischen Begebenheiten des Jahres dar und

SAP, Ortsgruppe Breslau

Mitglieder-Versammlung am Montag, den 30. Januar, 19 Uhr, im großen Saale des Schießwerders.

Referenten: Max Seydewitz und Klaus Zweiling. — Tagesordnung: „Die Aufgaben des Parteitages.“ — Aussprache.

— Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. —

zeigte unsere Stellungnahme dazu. Kritisch wurde der Völkerbund beleuchtet in bezug auf die Vorgänge in Ostern. Treffend zeichnete er die jämmerliche Haltung der SPD- und ADGB-Führung. Am Ende seiner Ausführungen nahm er zu unserem kommenden Parteitag, sowie unserer Tageszeitung Stellung. Die Partei muß sich auf dem Parteitag ein klares, zielbewusstes Programm schaffen, um damit nach außen werbend wirken zu können. Reicher Beifall lohnte den Genossen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten, insbesondere der Zeitungsfrage, konnte der Vorsitzende, Genosse Weiz, die gut verlaufene Versammlung schließen.

Liegnitzer Verkehrsunfälle

Im Jahre 1932 ereigneten sich in Liegnitz 347 Verkehrsunfälle, bei denen

4 Personen getötet und 102 Personen verletzt wurden.

Im Jahre 1931 waren nur 298 Straßenverkehrs-unfälle verzeichnet worden, bei denen 4 Personen getötet und 147 verletzt wurden.

Gleiwitz

hat 112304 Einwohner

Nach einer vom Wahlamt Gleiwitz geführten Statistik über die Einwohnerzahlbewegung stieg die Bevölkerungsziffer in Gleiwitz im Laufe des Jahres 1932 von 110.943 auf über 112.000 und betrug am 1. Januar 1933 112.304 Köpfe.

Unterschenkel zerschmettert

Nimptsch, 22. Januar.

In Jordansmühl kippte, als der Autoschlosser Ernst Berneck einen über sechs Zentner schweren Dreschmotor mittels eines Rollwagens verladen wollte, der Rollwagen plötzlich um, und der Motor zerschmetterte B. den rechten Unterschenkel.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ Unser Sonderangebot in der Woche vom 23. bis 28. Januar:



- Goulasch (Rind und Schwein) Pfund 65 Pfg.
- Goulasch (Rind) „ 60 „
- Kleibasse „ 1/4 „ 22 „
- Mettwurst „ 1/4 „ 20 „
- Blutwurst „ 1/1 „ 25 „

Erhältlich in allen unseren Fleisch- und Lebensmittelverteilungsstellen. Sämtliche Fleischwaren werden in Zahlung genommen.

Volksinfoniekonzert

Der junge Josef Wagner ist von seinem vorjährigen Konzert her in bester Erinnerung. Da er bei seinem letzten Auftreten etwas enttäuscht, lag im wesentlichen an der Programmwahl, das zweite Klavierkonzert Chopins ist eines seiner schwächsten Werke ein ziemlich inhaltsloses Bravourstück. Bei jeder den Abend außerordentlich schwingvoll und der „Juryante-Oxyer-Lure“ ein Weniger gelang ihm diesmal die 4. Symphonie von Bruckner. Die Wiedergabe Brucknerscher Symphonien ist ganz besonders schwierig und erfordert weit mehr als ein schulgängiges Runderdrehen. Die Fülle (zu wenig Proben) überall an der feineren Ausarbeitung, es fehlte besonders eine Ausarbeitung der großen Organsätze, die das A und O der Brucknerschen Symphonik sind, und ohne die sie langweilig wirken. Das lag daran, daß sehr bei den großen Lehrsäulen-Stellen fast nur die Blechbläser berücksichtigt und völlig in das übrige Orchester, an das Zusammenklängen sämtlicher Instrumente verlor. Die ungeliebten Klangwirkungen, die zum Beispiel Entwürfen hervorbringt, beziehen zum großen Teil darauf, daß er immer das ganze Orchester geschlossen in den Händen hat.

Das Fastnachtsfest der Volkshochschule

findet **Sonabend, 4. Februar**, in beiden Sälen des Schloßwerders statt. Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfg. für Teilnehmer der Volkshochschule im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, werktäglich von 7.30 bis 15.30 Uhr. Der gesamte finanzielle Ertrag des Festes ist für die erwerblosen Volkshochschüler bestimmt.

Organisations-Nachrichten

Monatliche Gemeinde Breslau, Grünstr. 10/16 Ortsgruppe des Volksbundes für Gottesfreiheit. Mittwoch, den 25. Januar, 20 Uhr, Gemeindeversammlung. Jahresbericht, Bericht der Bezirkstagung, Bundesstag 1933 Wiesbaden.

Wir bitten unsere Mitglieder um bestimmtes Erscheinen zu dieser wichtigen Versammlung.



Sekretariat: Gartenstraße 21 III Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10-12 Uhr und Donnerstag von 10-20 Uhr

Preitag, den 27. Januar, sind folgende Heimabende: Heim 2, Marthastr. 11, 11th. In welcher Zeit leben wir?

Heim 7, Merkel-Ecke Hubenstr. 10 Minuten Referate. Mittwoch, um 20 Uhr, Referatenschule, Friedrich-Wilhelm-Straße 80. Monatsprogramme bis Donnerstag abliefern

Sozialistische Schülerfraktion. Heute Mittwoch, den 25. Januar, findet im Link-kartell, Junkernstraße 1/3, eine wichtige Sitzung statt. Thema: „Einheitsfront.“

Freidenker-Jugend

Gruppe Nord. Heute, ab 19 Uhr, Heimbetrieb, Tischtennis usw., im Heim Michaelsstr. 36. Ab 20 Uhr gestalten wir einen lustigen Abend mit Schallplatten, Rezitationen. Gäste willkommen.

Gruppe West. Wir treffen uns heute 20 Uhr am Heim Friedrich-Wilhelm-Straße 45, mit Wintersportgeräten.

Gruppe Ost. Heute erscheint jedes Mitglied um 20 Uhr im Heim, Taubentierstr. 84, zu wichtiger Mitgliederversammlung.

Begräbnis-Zuschußkasse Archimedes

General-Versammlung

Sonntag, den 28. Januar 1933, vorm. 9 Uhr, im Zentralballsaal, Westendstr. 52. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Der Vorstand.

Kleine Sportnachrichten

Entwürde im Ringen der B-Klasse

Am Donnerstag, um 20 Uhr wird in der Turnhalle Brückener Straße, zum Endkampf um die Meisterschaft von Breslau 1897 I B—1911 I B angetreten. Die 1911er werden wohl alle versuchen, um nicht wieder so eine katastrophale Niederlage wie in der Vorrunde zu erhalten — Da Nord-Ost seine Mannschaft zurückzog, rang am Montag nur 1897 I B—1911 I B. Letztere unterlagen mit 9:2 1/2 Punkten.

Circus Schneider und die 100 Oco vadis Löwen. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, erfolgt im Circus Busch-Gebäude am Luisenplatz die glanzvolle Gala-Premiere. Außer den berühmten Löwen bilden weitere 20 Attraktionen ein Programm, welches alle Freunde echter Circus-Kunst restlos begeistern wird. Ab morgen, Donnerstag, finden dann täglich 2 Vorstellungen statt, nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr. Besorgen Sie sich Karten im Vorverkauf an der Circus Busch-Kasse, Barnsch und Kassenwagen Torwache

Verantwortlich: Bruno Sachse, Breslau, Inserat, Herbert Schoz, Breslau, Verlag Sozialistischer Verlage G m b H Breslau Lohndruck Th Schatzky A-G Breslau Neue Graupenstr. / Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter G abert Breslau, Gartenstr. 21 Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Kontonr. 107 92

STADTTHEATER

Mittwoch, 19.30—Beginn 21

Tango um Mitternacht

Donnerstag, 19.—Beginn 22.45

Der Rosenkavalier

Freitag, 19.30—Beginn 22

Die Fledermaus

LOBETHEATER

Täglich 20.15—22.45

Zu wahr, um schön zu sein

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22.30

Schneider Wibbel

Was will die SAP?

Prinzipien-Erklärung Aktionsprogramm

Erhältlich im Parteibüro, bei den Zeitungshändlern und Funktionären

Circus Schneider
Kapitän Alfred
Heute 8 1/2 Uhr große
Gala-Premiere
im Circus Busch-Gebäude
Luisenplatz mit den Original Tel. 29135
100 Oco-vadis-Löwen
und weiteren 20 artistischen Sensationen u. a.
Schneider-Bären
Doppeltrio Betty mit den
Der Wunder-Seelwe Mobby
4 Carolin 4 Die best. Jockeys d. Welt
sowie das weitere artistische Programm
Ab morgen 2x 8.16 Uhr u.
täglich 2x 8.16 Uhr
Preise nachm. 30 Pfg. — 1.25 Mk.
abds. 30 Pfg. — 2.00 Mk.
Vorverkauf: Circus Busch-Kasse, Tel. 29135
Barnsch, Wertheim u. Kassenwagen Torwache.

Städtische Handelsschulen in Breslau

- Höhere Handelsschule:** 18-jähriger Lehrgang; bei genügender Beteiligung auch besonderer Lehrgang für Abiturienten.
- Handelsschule:** 14- und 20-jährige Lehrgänge, bei letzteren auch Klassen zur Erlangung des Zeugnisses der mittleren Reife. Wichtig: Der erfolgreiche Besuch der höheren Handelsschule und Handelsschule befreit von der Pflicht zum Besuche der kaufmännischen Berufsschule. Beginn der unter 1 und 2 genannten Lehrgänge am Donnerstag, den 20. April.
- Wahlfreie Abendkurse:** 4-monatige Lehrgänge; Beginn 1. Mai. In Stenographie und Maschinschreiben bei genügender Beteiligung auch Vierteljahreskurse; Beginn 3. April. Besonderes Inserat erscheint demnächst. Auskünfte und Anmeldungen bei dem Direktor, Vorwerkstr. 36/38, 1. Stock.

Der Magistrat.

Einige Beispiele von unserem Inventur-Verkauf!

Tanzhemd 1.65
Schals 79 Pf.
6 Binder 95 Pf.
Jaquardsocken, schöne Muster . . 28 Pf.
reinwollene Wintersocken 74 Pf.
Garnitur Socken u. Aermelhalter . . 28 Pf. usw.

Außerdem 10% Rabatt auf alle nicht ermäßigten Preise Nur im bekannten

„Sika“-Wäschehaus
Klosterstraße 13, Ecke Feldstraße

7 Sonder-Verkaufstage 7
vom 28. Januar bis 4. Februar

Auf alle guten, erprobten Qualitäten trotz billigster Preise

10%

Fabrikate aus eigener Weberei, einzelne Handtücher und Bettwäsche bis 50% unter Preis

Leinenhaus Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Straße 51 u. Albrechtstraße 58, 2. Haus vom Ring

Gaststätte Ullrich, Klein Mochbern
Sonabend, den 11. Februar 1933
Großer Maskenball
Anfang 20 Uhr, Einlaß 19 Uhr / Eintritt inkl. Steuer 40 Pfg. Das Festkomitee D. 6. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 23. Januar, morgens 7 1/2 Uhr, verschied nach kurzer Krankheit, meine liebe, gute Gattin und Mutter

Emma Heua
geb. Schmidt
im Alter von 42 Jahren.
Breslau, den 24. Januar 1933.
Gnesener Straße 2.

Im tiefsten Schmerz:
Hermann Heua
und Kinder Martha, Charlotte, Hermann, Gerhard, Ida, Fritz, Gertrud und Erich.

Einäscherung: Freitag, 27. Januar, nachm. 16 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Am 23. Januar starb nach kurzer Krankheit unsere Genossin

Emma Heua
Gnesener Straße 2
im Alter von 42 Jahren.
Wir verlieren in ihr eine treue Mitkämpferin für die Sache des Proletariats.
Breslau, den 24. Januar 1933.

Sozialistische Arbeiter-Partei Ortsgruppe Breslau / Distrikt 18.
Einäscherung: Freitag, 16 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Gebt bei allen Einkäufen die BONS ab!
Ihr unterstützt dadurch Eure Zeitung

Der Leser der SAZ kauft bei:

ZENTRUM

Schuh-Reparaturen
nur Schuh-Hilfe, Breite Str. 11 Neumarkt
Fachmännische Leitung

Richard Pusch
Ritter-Drogerie Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

Wände- und Deckenreinigung
mit „Wandol“ führt aus
Tapetenhaus Ursulastraße Nr. 7a
Inn. G. Kleiner, Tel. 21285, z. Schloßverabr., Wandol-Pld. 70 Pfg.

Genossen! Unterstützt mein Unternehmen. Ich gewähre Euch 5% Rabatt

Wolf Fischer - Schuhe und Lederwaren
Reuschestraße 50 (rechts vom Königsplatz)

Genossen! **Fleisch- u. Wurstwaren**
nur bei **Reinhold Reichelt**
Neumarkt 14

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse am Graupenstr. 6/10

Möbel Max Meink
Omlauerstr. 53/54

NORDEN

billigst bei **Leder K. Becker**
Gnesenaustraße 5

Wilhelm Kupczyk
Schloßwerderstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel

SUD U. SUDWEST

W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 30639
Kolonialwaren -; Delikatessen

Erich Langner
Kohlenhandlung
Augustastraße 25 - Fernsprecher 86166

Drogen, Farben, Foto
Walter Bienas, Lehmgrubenstraße 56

Waldemar Burczyk
9% Kolonialwaren, Delikatessen, Tabakwaren 9%
Matthiasstraße 135, Ecke Michaelisstraße.

Beachtet unsere Inserate!

Leserinnen und Leser der SAZ!

Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht ihren Ausbau.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen unsere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Wir lesen die **SAZ** Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“

Aufgaben der Literatur Sexualnot und der § 218

Von Henri Barbusse*)

Die Künstler sagen, es sei unsere Aufgabe, die Zeit darzustellen, wie sie wirklich ist. Das mag zutreffen und wir wollen uns zu dieser stets glücklichen Lösung bekennen, allerdings mit der Hinzufügung, daß es sich darum handelt, die gesamte Wirklichkeit lückenlos und unverfälscht darzustellen. Dieses Erfordernis setzt in keiner Weise enzyklopädisches (alle Gebiete umfassendes) Wissen voraus — das wäre zuviel verlangt —, sondern lediglich einen klaren Blick.

Unsere Erziehung richtet sich nach den zeitlichen und örtlichen Umständen unseres Daseins. Das wesentliche Kennzeichen dieser Erziehung ist nicht eine Vielfalt von Kenntnissen, sondern Urteilskraft. Allzulang waren die Schriftsteller unwissend. Wir haben genug von jenen Literaten, die eifrig Amerika entdecken und mühsam den Unterschied zwischen Ursache und Wirkung erforschen oder sich in rhetorischer Betrachtung ihres Spezialgebietes, in göttlichen und endlosen Erörterungen und pathetisch vorgetragenen Gewissenszweifeln ergehen. Uns bekümmern nur Wirklichkeit und Zukunft. Es gibt tausendfache Abarten des Wirklichen, doch steht fest, daß allen diesen Möglichkeiten nur einige wenige Richtlinien zugrunde liegen.

Die Literatur ist die Kunst der Künstler; sie läßt sich mit keiner anderen Kunst vergleichen. Die anderen Künste sind spezialisiert, die Literatur ist es nicht. Die anderen Künste sind einseitig, die Literatur ist vielseitig. In der Literatur sind alle anderen Künste enthalten. Aller Fortschritt des Wissens und des Geistes fließt ihr unmittelbar zu, alle menschlichen Kenntnisse kommen in ihr zum Ausdruck. Die Literatur ist immer empfänglich und aufnahmewillig.

Die Schilderung der Wirklichkeit setzt Verständnis und Kenntnis des zeitgenössischen Geschehens voraus.

Diese Wirklichkeit besteht nicht allein aus persönlich gearteten Einzelwesen, sie beruht auch auf den Massen. Die Welt ist von einer Gesellschaft, einer Gemeinschaft erfüllt. Also umfaßt die Wirklichkeit nicht nur jene Gesetze, die die Leidenschaften und Handlungen des einzelnen im Rahmen individuellen Geschehens lenken, sondern auch solche, die kraft ihres sozialen Antriebes und ihrer großartigen Auswirkung auf die gesamte Menschheit das Dasein der Massen bestimmen und denen sich auch der einzelne nicht entziehen kann. Und da unsere künstlerische Aufgabe darin besteht, das Leben von einer höheren Warte aus zu betrachten, stehen wir somit vor dem Drama der menschlichen Gemeinschaft.

Im Rahmen dieses Massendramas nimmt sich das Einzeldrama wie ein Spielzeug aus. Abermals sei darauf hingewiesen, daß man das Einzeldrama nur unter dem Gesichtspunkt des Massengeschehens betrachten kann, um zu einem wahren Bild zu gelangen; denn das Massengeschehen verändert das Aussehen aller Dinge, in ihm erfüllt sich das Schicksal des Menschengeschlechts.

Das System der individuellen Bereicherung, das die Welt bisher geleitet hat, hat lediglich dazu geführt, daß rings um jedes Land Abgründe gähnen. Krieg in jeder Gestalt herrscht in allen Grenzen. Ringsum drohen Verträge und Rüstungen, Dumping und Faschismus, der mit Polizei und Terror vorgeht, um die Agonie des Imperialisches zu beendigen; überall begegnet man lächerlicher und lügnischer Propaganda, die darauf ausgeht, die soziale Frage durch geschwollene Worte und Vortäuschung von Reformen zum Schweigen zu bringen und zu

verdunkeln, und die Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufrechtzuerhalten. Der Kapitalismus bedeutet Egoismus, Nationalismus, Anarchie, Krieg, Selbstvernichtung.

Ist es möglich, die gegenwärtige Gesellschaft auch nur teilweise zu schildern und zu erklären — beides ist für den ehrlichen Künstler ein gemeinsamer, unzertrennlicher Begriff —, ohne den Verfall der bürgerlichen Gesellschaft und deren barbarische und vernichtende Wirkung auf alle Kultur aufzuzeigen, ohne auf die Hilflosigkeit dieses Herrschers gegenüber wirtschaftlichen Katastrophen und jener Art Sintflut, in die sie uns geführt hat, hinzuweisen? Kann es überhaupt eine Schilderung dieser Gesellschaft geben, ohne daß man die Möglichkeit der Läuterung und Erneuerung der Menschheit durch die bislang beherrschten Massen ins Treffen führt? Vor mehr als dreißig Jahren schrieb Zola in seinen Arbeitsnotizen: „Alle Hoffnung ruht beim Volke.“

Das Schrifttum in aller Welt ist auf der Suche nach Erneuerung. Es wird neuen Weg eingeschlagen müssen, den Zola beschränkt hat und nur durch seinen Tod nicht zu Ende gehen konnte, es wird sich nach seiner leuchtenden Pforte richten müssen, die beweist, daß die Literatur eine durchaus irdische Angelegenheit ist. Durch allmählichen Realismus gelangt man schließlich zu jener völligen Realismus, der uns not tut. Eine Kunst, die auf den von Zola gewiesenen Spuren wandelt, wird wahrhaft sozial und wahrhaft revolutionär sein.

Das Zola-Buch von Barbusse

Ein wichtiges Buch über Zola ist zu seinem 30. Todestage erschienen. Es ist eine lebendige Geschichte der Kunst und Künstler Frankreichs im 19. Jahrhundert. Es vermittelt uns einen Eindruck von dem Menschen, dem großen Dichter und seinem Leben. Aber es ist mehr als das zusammen, was wir in anderen Büchern — wie dem kürzlich von der Tochter Denise Leblond-Zola herausgegebenen und hier besprochenen Werk — schon besitzen. Es ist eine materialistische Untersuchung und Kritik, eine Auseinandersetzung des revolutionären Dichters von heute mit der Dichtung der Naturalisten und Realisten von Gestern. So lebendig auch die gewaltige Erscheinung Zolas vor uns steht, sie tritt in diesem Buch zurück hinter die Suche der Kunst und ihrer Aufgabe, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen.

Zola unbeeugbarer Wille, der Wahrheit zu dienen und die Wirklichkeit ganz zu erforschen, führten ihn über das eigene Ziel des Naturalismus hinaus. Der Naturalismus wendet sich am Beginn, in seiner Gegnerschaft zur Romantik, dem gesellschaftlichen Zuständen zu. Das ungeheure Werk Zolas entsteht aus dem Vorsatz, in Romanen die Zeit und all ihre Erscheinungen festzuhalten. Er stürzt dabei auf die Suche, die er wiedergeben will und arbeitet mit einer sklavischen Methode der Erforschung jedes Dinges, bis in seine letzte Verzweigung. Dabei lehnt er es anfangs ab, aus dem Beobachteten Folgerungen zu ziehen und politische Kräfte und gesellschaftliche Ursachen in sein Schaffen einzubeziehen. Zola und seine Freunde verneinten die Politik und beschränkten sich auf die Nachzeichnung der Oberfläche. Diese Leistung war für die damalige Zeit schon ein revolutionärer Schritt. Die eigene Methode Zolas, die Wirklichkeit ganz zu erforschen, läßt seine selbstgewählte Beschränkung durch-

Dresden. (Eigene Moldung der „SAZ“). Anlässlich der Gankonferenz für Ostschon der Liga für Mutterschutz und in keiner Weise mehr den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Trotz der schweren Strafen, die dieser Paragraph androht, werden jährlich weit mehr Abtreibungen vorgenommen, als zum Beispiel Diebstähle vorkommen. Daß trotz dieser Tatsache der unsinnige Paragraph bestehen bleibt, ist ein „Verdienst“ der Kirche und in letzter Zeit noch besonders der nationalsozialistischen Kreise. Rückland ist bisher das einzige Land, das diesen Paragraphen nicht mehr kennt. In der Tschechoslowakei steht jetzt eine Gesetzesvorlage vor der Verabschiedung, die eine Schwangerschaftsunterbrechung auch aus sozialen Gründen zuläßt. Was in der Tschechoslowakei möglich ist, muß auch in Deutschland durchgesetzt werden können.

Als zweiter Redner sprach Genosse Dr. Klauber-Berlin über „Doppelte Moral im Sexualleben“. Die bürgerliche Gesellschaft sieht die Frau als Besitz des Mannes, als Arbeiterin. Daher gelten für die Frau nicht dieselben Moralbegriffe wie für den Mann. Das doppelte Gesicht der sich heute wieder mächtig fühlenden Moralpauke kommt deutlich zum Ausdruck, wenn man das Verbot der Fickkörperkulturschule von Adolf Koch und

den Zwickelrolen den schlüpfrigen Produkten der modernen Vergnügungsindustrie gegenüberstellt. Eine neue wirkliche Moral ist nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich. Wir fordern Gleichstellung der Menschen und damit Gleichstellung der Geschlechter. Eine Gewandung der Arbeiterklasse ist nur mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft zu erreichen.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende der Liga, Genosse Hexel-Berlin, über die organisierte Geburtenregelung. Er geht von der Krise des Kapitalismus aus, zeigt in kurzen Strichen die Bemühungen des Kapitalismus zur Erhaltung dieses Systems auf und stellt als besondere Aufgabe der Liga heraus, alle ihr nahestehenden Organisationen zu gemeinsamer Arbeit heranzuziehen. Er fordert weitestgehende Aufklärung, um wenigstens die sexuelle Not lindern zu helfen. Sexualberatungsstellen müssen überall eingerichtet werden. Außerdem muß versucht werden, die Krankenkassen zu verpflichten, von Schutzmitteln zu verpflichten. Wir führen den Kampf gegen den § 218 und damit gegen die Unterdrückung der Frau. Frei sei die Liebe und frei sei der Mensch.

Mit lebhaftem Interesse und starker innerer Anteilnahme wurden die Ausführungen der drei Referenten von der Versammlung aufgenommen. Die Arbeit, die die Liga hier leistet, ist außerordentlich wichtig und ein Teil des revolutionären Kampfes zur Befreiung der Arbeiterklasse.

In der Gankonferenz selbst hielt Genosse Dr. Klauber am Sonntag einen außerordentlich interessanten Vortrag über „die biologischen Grundlagen der Geburtenregelung“. Es war das ein informierendes Referat für die delegierten Funktionäre der Liga, um sie für die abzuhaltenden Beratungs- und Auskunftsstunden zu schulen. Genosse Klauber verstand es ausgezeichnet, an Hand von reichen Beispielen und aus seinen persönlichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Untersuchungen wertvolles Wissen zu vermitteln. Leider ist es heute noch nicht möglich, den breitesten Öffentlichkeit das nur allen notwendigen Wissen zugänglich zu machen und es ist nur zu wünschen, daß recht viele Proletarier und Proletarierinnen in ihrem eigenen Interesse die Vorträge der Liga besuchen und sich so die notwendige Aufklärung holen. Die Konferenz beschäftigte sich danach mit Organisationsangelegenheiten. Es war erfreulich zu hören, daß die Organisation im vergangenen Jahre einen starken Zugang erhalten hat und regste Aktivität entfaltet.

Todesurteile statt Brot

Magdeburg, 24. Januar. WTB. Das Schwurgericht verurteilte den 18-jährigen Richard Herbst und den 23-jährigen Hermann Ebeling zum Tode. Beide sind arbeitslos. Die Verurteilten hatten am 24. November v. Js. die 69 Jahre alte Witwe Katharine Dürre in Olvenstedt bei Magdeburg ermordet und beraubt. Diese beiden Todesurteile gegen junge, durch schwere Not zum Verbrechen getriebene Menschen zeigen die ganze Barbarei des kapitalistischen Systems. Die bürgerliche Gesellschaft vermag nicht mehr, ihre Sklaven als Sklaven zu ernähren, sie muß, um ihren Bestand zu retten, die Notleidenden töten. Noch dürfte über das Urteil des Magdeburger Schwurgerichts nicht das letzte Wort gesprochen sein. Weitern Kreisen, auch außerhalb des Proletariats, wird daran gelegen sein, die Vollstreckung dieser Todesurteile zu verhindern, ihre Revision herbeizuführen.

Aus Berlin wird gemeldet, daß sich einer der BVG-Geldräuber, der 22 Jahre alte Fritz Wicke, freiwillig der Polizei gestellt hat.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Ist was passiert, Natascha?“
„Nichts ist passiert, es hätte aber leicht was passieren können! Siehst du dieses Fruchtlein hier? Weißt du, was sie gemacht hat? Sie hat Wjetrows Kind gestohlen.“
„Wieso gestohlen? Was redest du da für Unsinn, Natascha?“
„Frage sie doch...“
„Aksjutka saß mit einem starren, trotzigem, höhnischen Lächeln da und tat, als bemerke sie uns nicht. Nur ein einziges Mal glitt ihr Blick blitzartig über Natascha und bohrte sich dann in mein Gesicht. Sie saufte auf. Natascha wurde plötzlich ganz ruhig, wurde zu Eis.“
„Sie setzte sich Aksjutka gegenüber und wies mir schweigend einen Stuhl an.“
„Es hat keinen Sinn, Zeit zu verlieren, wir müssen sie verhören, also los, meine Liebe...“
„Ich verstehe noch immer nicht, Natascha. Erzähl mir, was geschehen ist.“
„Natascha sprang vom Stuhl auf, rannte zur Tür und sagte leise in die leere Dämmerung des Korridors:
„Mädchen, kommt her! Wer Zeit hat soll herkommen.“
„Sie lief wieder zum Tisch, ließ sich in den Stuhl fallen. Durch die Tür kamen zwei Wärterinnen, Jungkommunistinnen, in weißen Kitteln, kurzgeschoren, mit kecken Bauerngesichtern und eine Frau, Michailowna hieß sie. Sie war eine unserer ältesten Arbeiterin-

nen und sah wie eine Krankenschwester aus.“
„Die Sache ist die, Galja: Aksjutka hat — aus Freundschaft mit der Wjetrowa und nach einer Verabredung mit ihr — verstoßt du? ... beschlossen, das Kind für sie zu stehlen und es ihr heute zu übergeben. Die Wjetrowa wartete bei der Oelmühle. Diese Mädchen hier erwischten sie dort mit dem Kind.“
„Ich war über meine eigene Ruhe erstaunt. Diese Neuigkeit erregte mich auch nicht im geringsten. Es war mir sogar leicht zumute, als hätte ich das Ereignis schon längst erwartet, und ich fand nichts Erschütterndes darin. Sehr kühl, sehr gleichgültig, fragte ich Aksjutka:
„Hör mal, ich wußte schon längst von deiner Verbindung mit der Wjetrowa. Sag mir, bitte, was für einen Zweck verfolgst du, als du mit der Wjetrowa zusammen einen Brief an Gulscha schreibst? Warum quatschest du in diesem Brief alle möglichen dreckigen Sachen über Luschka? Was wolltest du damit erreichen?“
„Aksjutka prustete heraus, wandte aber ihre Blicke nicht ab von ihren Gespenstern.“
„Das ist meine eigene Angelegenheit. Wir haben euch nicht um Erlaubnis gebeten.“
„Vielleicht hetzt dich die Wjetrowa noch zu irgendwelchen anderen Niederträchtigkeiten auf.“
„Ob sie hetzt oder nicht — das geht euch nichts an. Was wollt ihr von mir? Ich hab euch doch schon alles gesagt.“
„Wie konntest du es wagen, das Kind zu stehlen.“
„Gehört denn das Kind euch? Wenn eine Mutter ihr Kind zu sich nehmen will, wie könnt ihr ihr das verbieten? Das Kind ist doch ihr Kind. Was habt ihr mit diesem Kind zu tun? Jede Mutter sorgt sich um ihr Kind.“
Die Mädchen und die Michailowna schrien durcheinander, blaß und abgemagert vor Wut:

brechen, er stößt immer stärker auf die gesellschaftlichen Ursachen der beobachteten Zustände und beginnt sie stärker zu betrachten und mit zu verarbeiten.“

Als der Dichter aber um der Wahrheit willen gegen alle vorhandenen körperlichen und geistigen Hemmungen selbst in die Politik eingreift, erfährt er an sich die Bedeutung der gesellschaftlichen Kräfte. Die Affäre Dreyfuß veranlaßt ihn, aktiv politisch zu handeln. Nachdem er einmal diesen Entschluß gefaßt hatte, setzte er sich auch hier mit ganzer Person und, was für ihn noch wichtiger war, mit der Anwendung des politisch-revolutionären Mittels ein. Er schreibt in seinem Brief „Ich klage an“: Die Handlung, die ich begehre, ist allerdings ein revolutionäres Mittel, um den Durchbruch der Wahrheit und Gerechtigkeit zu beschleunigen. Nach diesem Erlebnis und der eigenen Erfahrung der politischen Kräfte, die ihn zwingen, zu flüchten und im Exil zu leben, wendete er seine Aufmerksamkeit der sozialen und moralischen Seite des modernen Lebens zu. Der gewandelte Zola schreibt darüber: „Auf eine eingehende Untersuchung der heutigen Wirklichkeit muß ein Ausblick auf die Entwicklung von morgen folgen.“

Was Barbusse in diesem Buch über die Aufgabe des Künstlers in unserer Zeit, über die Aufgabe der Literatur im Kampf um die gesellschaftliche Erneuerung schreibt ist von größter Wichtigkeit für die revolutionäre Literatur. Die Zersetzung der Literatur ist ein unheilvoller Zustand, der der Zersetzung der herrschenden Klasse überhaupt entspricht. In der Verwirrung und Fülle, den pseudo- und ultrarevolutionären Versuchen unserer proletarisch-revolutionären Dichtung ist die einfache und klare Aufzeigung des Standpunktes und der Aufgabe der revolutionären Dichtung das besondere Verdienst dieses Buches von Barbusse.

„Wir wollen nicht mehr mit ihr zusammen arbeiten... genug!... Werft sie hinaus. Wir werden fordern, daß man sie hinaus-schmeißt... Diese Diebin! Sie wird noch jemanden ermorden...“

„Ich streckte die Hand aus, um sie zu beruhigen.“
Natascha beugte sich zu Aksjutka und schlug mit der Hand auf den Tisch.
„Ich werde es dir schon zeigen! Ich werde dir keine Ruhe gönnen. Ich schonto dich bis jetzt, von heute ab aber werden deine Knochen krachen... Ich werde dich in meine Hand nehmen, daß es eine Freude ist.“

Pötzlich geschah etwas Unerwartetes, es geschah mit verblüffender Geschwindigkeit. Aksjutka hob die Hand und schlug Natascha mitten ins Gesicht. Sie brüllte nicht, sie tobte nicht vor Wut, sondern tat es schweigend, mit einem spöttischen Lächeln, Genieß und rachsüchtige Blindheit in den Augen. Natascha packte sie an den Händen und preßte sie an ihren Körper. Einige Sekunden lang sahen beide einander mit gütdurchtränkten Blicken in die Augen, starr vor Erschütterung. Dann ganz unerwartet, strich Natascha Aksjutka über das Haar und sagte ruhig, mit mütterlicher Zärtlichkeit:
„Nun, Aksjutka... jetzt ist's vorbei. Jetzt bist du eine andere. Dein siedendes Blut ist übergelaufen und jetzt ist alles wieder gut.“

Natascha machte uns mit den Augen ein Zeichen, und wir verließen das Zimmer. Wir waren noch nicht im Korridor, als wir Aksjutkas lautes Schluchzen hörten. Die Mädchen und die Michailowna sahen uns mit verwirrten Blicken an.

Die Krise
Mein Zimmer erdrückte mich mit seinen nackten Wänden. Es war schwül, und in meiner Seele nagte eine Traurigkeit, die bösen Vorahnungen glich. Solche quälende Stim-

mungen ergreifen einen, wenn man keinen Platz für sich findet, wenn die Arbeit einem widerwärtig und listig ist, und wenn man irgendein Unglück erwartet. Vielleicht sind das Folgen einer Uebermüdung, vielleicht kommt diese Einbildung von einer inneren, tief versteckten jungfräulichen Erregung. Ich lief, als ich nur mich selbst und meine Traurigkeit besonders qualvoll spürte, aus meinem Zimmerehen.

Es war gegen Mitternacht. Der Korridor schlief, die Wände atmeten, rätselhaft und in dem Rascheln tönten leise Saitenklänge. Die Wände bewegten sich und phantasierten. Ich ging auf den Hof. Die Lichter in den Fenstern der Wohnhäuser waren schon erloschen, die Luft war weich, dumpf und flaumig. Es roch nach herauschter Frühlingserde. Ich ging vom Balkon herunter, ins Dunkel hinein, ging rasch in den Obstgarten. So ein rascher, kurzer Spaziergang zwischen den kleinen Bäumen beruhigte mich immer. Hinter der meteorologischen Station, im Garten, lag, vor dem Zaun, ein mächtiger Strohhaufen. Ich wußte nicht, wozu er bestimmt war, am Tage wälzten sich die Schulkindern drin, machten ihre Purzelbäume drauf, so daß diese goldene Insel stets frisch und zerdrückt war. Das Stroh duftete nach Malz.

Pötzlich hörte ich unterdrücktes Stöhnen. Woher dieses Stöhnen kam, konnte ich nicht feststellen. Dieses Menschen war es sicher unerträglich schwer ums Herz; man spürte förmlich, wie er sich vor Qual krümmte, mit den Zähnen knirschte und sich wie ein Wahnsinniger, wie ein tödlich Verwundeter auf der Erde wand. Es war eigentlich kein Stöhnen. Es war das laute Heulen eines Mannes, der nicht zu weinen versteht, der nicht versteht, seinen Kummer durch Tränen auszudrücken. Der Mann hörte meine Schritte nicht — er hörte nichts außer dem Schmerz, der ihn innerlich zerriß.

(Fortsetzung folgt.)

Auch ein „Reichs-Betriebsräte-Kongreß“

ADGB für Verschlechterung des Betriebsräte-Wahlrechts

Am 23. Januar tagte in Berlin ein vom ADGB-Vorstand „ganz still und leise“ einberufener Reichsbetriebsräte-Kongreß, der nach dem „Vorwärts“ von über 400 Betriebsräten aus dem Reich“ besetzt gewesen und das „Vertrauen zwischen Masse und Führern“ bezeugt haben soll.

Schon die Tatsache, daß die Öffentlichkeit und vor allem die ganze Arbeiterschaft vom Stattfinden dieses Kongresses überrascht wurde, beweist, wie wenig diese Tagung den Namen Reichsbetriebsräte-Kongreß verdient und wie wenig dieser „Kongreß“ das Recht hatte, im Auftrag der Masse zu sprechen. Die Sache ist nämlich so, daß der ADGB-Vorstand den Kongreß nicht ausschrieb, ja nicht einmal alle freigewerkschaftlichen Betriebsräte davon verständigte und sie zur Wahl von Delegierten aufforderte, sondern es wurden nur die einzelnen obersten Verbände bzw. die bezirklichen ADGB-Ausschüsse aufgefordert, für die Entsendung von Betriebsräte-Delegierten zu sorgen.

So wurden selbstverständlich nur absolut SPD-treue Betriebsräte als „Delegierte“ bestimmt.

Ein derartiger „Kongreß“ ist nicht nur eine üble Komödie und ein Skandal für die freigewerkschaftliche Bewegung, sondern auch eine für die Arbeiterklasse völlig wertlose Tagung, eine Diskreditierung der ganzen Betriebsrätebewegung.

In dieser Zeit der schwärzesten Reaktion, der brutalsten Kapitalsdiktatur gegen die Arbeiterklasse könnte und müßte ein Reichsbetriebsräte-Kongreß zu einem wichtigen Kampfaufmarsch der ganzen Arbeiterklasse werden, wenn — ja, wenn die Massen zur Wahl der Delegierten in Tausenden von Versammlungen für ganz bestimmte Kampfparolen mobilisiert würden. Doch das will der reaktionäre ADGB-Vorstand nicht. Die Massenmobilisierung, ja, jede Massenaktion ist ihm in der Seele zuwider. Er will das Gegenteil. Er hat sich einen ausgelebten „Betriebsräte-Kongreß“ seiner allergeringsten Schäfchen zusammenberufen, um — sich dort seine Politik und Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft und die Betriebsrätebewegung bestätigen zu lassen. Das — nicht der Kampf gegen das Kapital — ist leider der einzige Zweck dieser Tagung. Dementsprechend sind auch

Verlauf und Beschlüsse dieses Kongresses

Leipart eröffnete mit einer Verteidigung seiner „schleichenden“ Politik, mit einer scharfen Polemik gegen — die dort immer in einem Atemzuge genannten Kommunisten und Nationalsozialisten. Kühn forderte Leipart in diesem Gremium zur „offenen Diskussion“ auf, ob sie zur Führung des ADGB und des AfA Vertrauen hätten oder nicht. — Um es gleich vorweg zu nehmen — natürlich sprachen „sämtliche Redner“ der Führung das Vertrauen aus.

Den Hauptteil der Tagung bildete das Referat von Clemens Nörpel über „Die Aufgaben der Betriebsräte“. Er sagte genau das, was schon in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 2 vom 14. Januar zu lesen war. Für ihn, d. h. für die ganze ADGB-Führung, haben die Betriebsräte „ausschließlich (1) wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Aufgaben betrieblicher Art zu erfüllen“. Politik geht sie gar nichts an. Und — das ist der Clou dieser Tagung — zur Erlernung und Ausübung dieser „schwierigen Aufgaben“ sind nach dem Willen der ADGB-Führung

die Betriebsräte nur noch alle zwei Jahre zu wählen.

Zwar hat die reaktionäre Brüning-Regierung durch ihre Notverordnung vom 8. Dezember 1931 das schon praktisch durchgeführte, nachdem der ADGB-Kongreß in Frankfurt im August 1931 einen dementsprechenden Beschluß gefaßt hatte. Jetzt sollte es aber noch ausdrücklich von „den Betriebsräten“ selbst bestätigt werden mit dem weiteren Zweck, die Verlängerung der Wahlperiode nunmehr als dauerndes Gesetz durchzuführen.

Es besteht gar kein Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft, auch der freigewerkschaftlich organisierten, diese Wahlrechtsverschlechterung entschieden ablehnt und sie als eine Begünstigung der

Verbürokratisierung der Betriebsräte

aufs schärfste bekämpfen muß.

Nörpel ging noch auf die bisherige richtungsmäßige Zusammensetzung der Betriebsräte ein und gab hierbei folgende, schon öfter veröffentlichte Zahlen bekannt. Nach einer Statistik des ADGB, die im Jahre 1930 Betriebe mit insgesamt 5,9 und im Jahre 1931 (infolge der Krise) nur noch 4,6 Millionen Beschäftigte erfaßte, verteilten sich die Betriebsräte wie folgt:

	1931	1930
Freigew.	115 671 = 83,6%	135 689 = 86,9%
Christl.	10 956 = 7,9%	11 333 = 7,2%
Hirsch-D.	1 560 = 1,1%	1 561 = 1,0%
KPD	4 664 = 3,4%	2 374 = 1,5%
Sonstige	4 857 = 3,5%	5 178 = 3,4%

Der prozentuale Rückgang der freigewerkschaftlichen und die Verdoppelung der KPD-Betriebsräte ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die KPD 1931 in viel mehr Betrieben eigene Listen aufstellte als im Jahre zuvor.

Der „Kongreß“ schloß mit der einstimmigen Annahme eines Aufrufes, der unter dem Motto: „Für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung“ alle Arbeiter auffordert, die freien Gewerkschaften zu stärken und nur für

freigewerkschaftliche Betriebsräte einzutreten.

Wie bekannt, treten wir ebenfalls und stets für die Sammlung aller Arbeiter auf den freigewerkschaftlichen Listen ein. Aber wir mißbilligen es ganz entschieden, daß durch die vom ADGB-Vorstand und von diesem Kongreß angewandte Methode und Politik die notwendige Einheit mehr gestört und geschwächt, als gefördert wird. Jawohl, keine Sonderlisten, sondern

für Einheit der Arbeiter und für Stärkung der freien Gewerkschaften, aber nur zum entschlossenen revolutionären Klassenkampf.

Unter dieser Losung muß der Kampf bei den Betriebsrätewahlen geführt und alles getan werden, daß die freigewerkschaftlichen Listen in allen Betrieben mit klassenbewußten, revolutionären Kandidaten besetzt werden.

Gegen Bürokraten-Diktatur

Delegierten-Versammlung der Reichsfachgruppe RDK in Berlin

In diesen Tagen ist es ein Jahr her, daß die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten sich dem Gesamtverband angeschlossen hatte, getreu der Linie: Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer Front gegen Lohn- und Gehaltsabbau.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, die vor etwa zehn Jahren ins Leben gerufen wurde, hatte es verstanden, weit über dem Rahmen ihres Wirkungsbereichs sich auf Grund ihrer demokratischen und jeder Verbandsbürokratie abholden Grundsätze das Vertrauen weit über ihren engeren Mitgliederkreis zu erwerben.

Wir oppositionellen Kollegen standen daher der Frage des Anschlusses an den Gesamtverband ziemlich ablehnend gegenüber, da wir uns vor allem sagten, daß es uns kaum gelingen werde, die in unseren Reihen so stark ausgeprägte ehrenamtliche Funktionärigkeit in den Gesamtverband als Fachgruppe hinein zu retten zu können. Wir wurden seinerzeit überstimmt und der Anschluß erfolgte unter Gewährung einer Sondersatzung, die uns Funktionären ja nicht alle Rechte belohnte, die wir besaßen, die aber sich noch im Einklang mit unserer Tradition befand. Unter der Garantie der Sondersatzung erfolgte der Anschluß.

Die Skrupellosigkeit, mit der die führende Bürokratie des Gesamtverbandes in der Novembertagung ihre Macht befestigte und einfach Satzungsänderungen beschloß, sollte in Nachwirkung auch das Ende der Sondersatzung der RDK bedeuten. Rücksichtslos, ohne sich an die gegebenen Besprechungen zu halten, setzte die Bürokratie neue Richtlinien fest, die der Mitgliedschaft der RDK

neben wirtschaftlichen Verschlechterungen der sozialen Einrichtungen (Sterbekasse) jede demokratische Arbeitsbasis entzieht. Man oktroyiert der Mitgliedschaft das System autoritärer Demokratie auf, in der man den Vorstand der RDK, der aus zwölf von der RDK-Mitgliedschaft gewählten Vertretern besteht, absetzt und an dessen Stelle einen Reichsfachgruppenleiter mit diktatorischen Vollmachten, und zur Verschleierung daneben eine ikköpfige Fachkommission setzt. Einberufung des Gewerkschaftstages (Reichsfachkonferenz) erfolgt nur durch den Reichsfachgruppenleiter. Das in der Sondersatzung verankerte Recht des Gewerkschaftstages, der Anstellung des Redakteurs der Verbandszeitung wird gestrichelt, dies kann ja so nebenbei mit erledigt werden.

Die Delegiertenversammlung Berlin nahm zu diesem Bürokratenakt in erregter Aussprache Stellung. Die Versammlung gestaltete sich zu einem vollen Erfolg der oppositionellen Kollegen, die in der Annahme einer scharfen und sachlichen Entscheidung der Opposition ihren Ausdruck fand. Gegen den Willen der Leitung der RDK, die sich in gewissem Maße mit der bereits geschaffenen Lage abgefunden hatte und eine wässrige Resolution eingebracht hatte, wurde die Entscheidung der Opposition einstimmig angenommen. Ein neuer Vorstoß gegen das Bürokratenakt beginnt. Weitere müssen folgen. Wir fordern alle Kollegen der kommunalen Verwaltungen und öffentlichen Betriebe auf, in unserem Sinne weiter zu wirken für die Erhaltung der Rechte der Mitgliedschaft.

Kosten der Arbeitslosigkeit

Das Internationale Arbeitsamt hat den Versuch gemacht, die Kosten der Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Ländern festzustellen, zu dem Zweck, das Ergebnis der „vorbereitenden Konferenz“ über die Arbeitszeitfrage, die in diesem Monat in Genf zusammengetreten ist, zu unterbreiten. Nach diesen Feststellungen ergibt sich folgendes Bild:

In Belgien stiegen die Ausgaben aus dem Notstandsfonds (ausschließlich der Familienunterstützungen für erwerbslose Arbeiter) von 32 Millionen Franken im Jahre 1930 auf annähernd 365 Millionen im Jahre 1931. In Deutschland ist der Gesamtaufwand der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden von 1151 Millionen Reichsmark im Jahre 1926 auf 2973 Millionen im Jahre 1931 gestiegen. In Großbritannien haben sich die Ausgaben der obligatorischen Arbeitslosenversicherung, die bereits im Jahre 1924/25 als außerordentlich hoch (51,5 Millionen Pfund Sterling) angesehen wurden, bis zum Jahre 1930/31 ungefähr verdoppelt (101,3 Millionen Pfund), und für 1932/33 schätzt der Arbeitsminister den Aufwand auf etwa 120 Millionen Pfund (das sind 2,4 Milliarden Mark). In Italien ist seit 1924/25 der Gesamtaufwand der obligatorischen Versicherung auf das Vierfache angewachsen (33,8 Millionen Lire im Jahre 1924, 23,1 Millionen im Jahre 1925, 115,6 Millionen im Jahre 1930). In den Niederlanden haben sich die Ausgaben

lismus kann nicht mehr seine eigenen Arbeitsklaven ernähren. Die Folgerung aus diesem objektiven Tatbestand für die Arbeiterklasse muß sein: Kampf mit allen Mitteln um den revolutionären Ausweg aus der kapitalistischen Niedergangskrise. Hegla.

Hilfsbedürftigkeit und Unterhaltspflicht

Eine wichtige Entscheidung für Arbeitslose

Wir entnehmen der „Metallarbeiter-Zeitung“:

Die Wohlfahrtsämter und die Arbeitsämter verlangen bei Anträgen auf Unterstützung die Beibringung von Verdienstscheinigungen der unterhaltspflichtigen Angehörigen des Antragstellers. Erreicht das Einkommen der Angehörigen den vom Fürsorgeamt festgesetzten Richtsatz, dann wird der Antrag abgelehnt. Dieses Verfahren ist aber nach einer Entscheidung, die das Preussische Obergerverwaltungsgericht am 8. Juli 1932 (A 63/1932) gefällt hat, falsch. Das Obergerverwaltungsgericht sagt in dieser Entscheidung, daß die Hilfsbedürftigkeit nicht deshalb verneint werden kann, weil ein Unterhaltsanspruch gegen Angehörige zwar besteht, aber nicht verwirklicht wird. Die Fürsorge darf also nicht mit der Begründung verweigert werden, daß ein unterhaltspflichtiger Angehöriger vorhanden ist, wenn der Unterhalt tatsächlich nicht gewährt wird. — Das heißt also, wenn der Unterhaltspflichtige (Vater, Sohn, Großvater, Enkel usw.) nachweislich dem in Frage kommenden Erwerbslosen nichts gibt oder nichts geben kann, dann muß von amtswegen Unterstützung gewährt werden.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, daß die Bestimmung darüber, wer unterhaltspflichtiger Angehöriger ist, im bürgerlichen Gesetzbuch, § 1601 ff., getroffen wird. Hiernach sind nur Verwandte auf- und absteigender Linie, das heißt Eltern, Kinder, Großeltern, Enkel sowie Ehegatten unterhaltspflichtig. Stiefkinder, Stiefeltern, Schwiegerkinder, Schwiegereltern und Geschwister sind nicht unterhaltspflichtig. Auch dann nicht, wenn sie mit dem Hilfsbedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt leben. So hat auch das Bundesamt für Heimatwesen, die oberste Spruchinstanz in Fürsorgerechtsachen, wiederholt entschieden. So braucht ein Stiefvater seinem im Haushalt lebenden Stiefkinder den Unterhalt nicht zu gewähren. Wenn die Arbeitsämter oder Fürsorgeämter trotzdem von dem Arbeitslosen verlangen, sich von nicht unterhaltspflichtigen Angehörigen erhalten zu lassen, so muß auch hier auf die maßgebenden Bestimmungen des BGB und auf die dauernde Rechtsprechung des Bundesamtes für Heimatwesen hingewiesen werden. P. B.

Unterbez. Zwickau-Crimmitschau Jahres-Versammlung

Sonntag, den 29. Januar, 9 Uhr, im „Deutschen Haus“, Zwickau, Schneeburgerstraße. Tagesordnung: Organisationsbericht — Anträge — Neuwahlen. — Die Aufgaben der SAP in der Kommune, den Massenorganisationen und bei den Erwerbslosen.“ Referent: M. Schlosser, Klingenthal.

für die freiwillige Versicherung in den letzten sieben Jahren mehr als vervierfacht. Das gleiche gilt für die obligatorische Versicherung in Polen. In der Schweiz stiegen die Ausgaben von 2,6 Millionen Franken im Jahre 1925 auf 4,3 Millionen im Jahre 1926 und auf 37,6 Millionen im Jahre 1931. Diese Zahlen umfassen nicht die Ausgaben der örtlichen Notstandsfonds und der privaten Verbände.

Wenn man die Aufwendungen an Arbeitslosenunterstützungen in Deutschland — wie in der Statistik angeführt — auf nahezu 3 Milliarden im Jahre 1931 beziffert und dies im Verhältnis zum Reichsetat für 1931 setzt, der mit 10,4 Milliarden „balanciert“, so ergibt sich, daß rund ein Drittel des Reichsetats für Arbeitslosenunterstützungen aufgebracht werden mußte. In dieser Tendenz verläuft die Entwicklung in allen übrigen kapitalistischen Staaten. Es tritt ein, was Marx bereits im Kommunistischen Manifest vorausgesagt: der Kapita-

Mauer begräbt 16 Arbeiter

Amsterdam, 24. Januar.

Infolge starken Windes stürzte in der Ortschaft Genko (Ostjava) eine zwölf Meter hohe Mauer einer alten Reisschälerei ein. Sechzehn Arbeiter wurden von Trümmern getötet, sieben erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Kumpeltod

Johannesburg, 24. Januar.

WTB. Durch Absturz eines überhängenden Felsens wurden heute in einem Bergwerk zwei Europäer und vier Eingeborene getötet. Sechs Eingeborene wurden schwer verletzt.

Drohender Eisenbahnerstreik in Nordirland

Belfast, 23. Januar.

WTB. Die Eisenbahngesellschaften von Nordirland mit Ausnahme von Belfast und der Grafschaft Down haben beschlossen, eine Lohnkürzung vorzunehmen. Daraufhin hat eine stark besuchte Versammlung von Eisenbahnern beschlossen, ihre Gewerkschaft zur sofortigen Ausrufung des Streiks aufzufordern.

Baugewerksbund Peisterwitz

In der Generalversammlung des DBGB am Sonntag, den 15. Januar, gab es heitere und kritische Momente. Aus dem unter Punkt 1 gegebenen Kassenbericht war die katastrophale Auswirkung der Wirtschaftskrise in finanzieller Hinsicht festzustellen. Bei Punkt 2, Vorstandswahl, kamen die Gemüter der Versammlung in Bewegung. Mit Recht brachte der Kollege Koppitz Hermann (KPD) zum Ausdruck, daß die Gewerkschaftler sich die Kollegen besser ansehen möchten, bevor sie in den Vorstand gewählt werden. Dem bisherigen 1. Vorsitzenden, Kollegen Tschirley (SPD), sprach er das Mißtrauen aus. Eine Begründung hierfür gab er leider nicht. Zum 1. Vorsitzenden wurde der Kollege Tschirley wieder und der Kollege Ruhm von der KPD neu vorgeschlagen. Tschirley erhielt 84 und Kollege Ruhm 17 Stimmen. Schon bei diesem Wahlergebnis war die Oppositionsstellung der KPD erschüttert, und warum? Hätten die KPD-Kollegen von der vorjährigen Vorstandswahl die richtige Lehre gezogen, dann hätten sie sich bemüht, als oppositionelle Gewerkschaftler die unteren Gewerkschaftsspitzen in die Hand zu nehmen, um einen Kampf für die Eroberung der gesamten Gewerkschaftsführung aufzunehmen.

Die Bezirksleitung sowie der Bundesvorstand machen den Kollegen Ruhm (bestimmt unberechtigt) für eine frühere Ortsausschüßangelegenheit verantwortlich. So wird der Kollege Ruhm vom Bezirksleiter bzw. dem Bundesvorstand als Funktionär nie bestätigt. Das alles wissen die Kollegen von der KPD. Sie hätten klüger getan, der Bezirksleitung einen Kollegen zu präsentieren, an den der Bezirksleiter nicht herankommt.

Zum 2. Vorsitzenden wurde der Koll. Titze (SAP), zum 1. Kassierer Koll. Salzborn (SPD), zum Schriftführer Koll. Sperlich (SAP), zum 1. Revisor Koll. Dilke (SAP), zum 2. Revisor Koll. Runschke (SPD), zum 3. Revisor Koll. Dudschick (KPD) gewählt.

Dresden

Die Vereinigung für sozialistische Lebensreform und Freikörperkultur „Freie Menschen“ veranstaltet am Sonntag, dem 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Trianon“, Schützenplatz, einen Vortragsabend mit dem bekannten Berliner Stadtarzt Dr. Max Hödman mit dem Thema: „Was ist geschlechtlich normal?“ Der Referent, der lange Jahre Mitarbeiter an dem von Dr. Magnus Hirschfeld geleiteten Institut für Sexualwissenschaft war und die Bücher: „Bub und Mädel“, „Geschlecht und Liebe“ geschrieben hat, spricht über Onanie, Pubertätsstörungen, Triebabweigungen, Ehe- und Liebesleben, Nacktkultur und Sexualerziehung. Eintrittspreis: 40 Pfg., nummerierte Plätze 80 Pfg. im Vorverkauf (an der Abendkasse 50 Pfg. und 1 RM), Erwerbslose an der Abendkasse 20 Pfg. — Kartenvorverkauf in sämtlichen Arbeiterbuchhandlungen, Parteisekretariat, Jacobsgasse 7, Sporthaus Fuhrmann, Georgplatz 12.



Jeden Donnerstag

DIE ENTE

Preis 10 Pfennig

DAS TOLLE ENTENBUCH

Herausgegeben von
Bernh. Gröttrup u. Hardy Worm

Mitarbeiter:
Roda Roda, Erich Weinert,
Peter Scher, Erich Kästner,
Paul Nikolaus u. a.

Reich illustriert / Preis RM. 2.-

Verlag der ENTE, Berlin W 30,
Haberlandstraße 7